Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1905

229 (3.10.1905)

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — **Abonnementspreis:** ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 229. Karlsruhe, Dienstag den 3. Oktober 1905. 25. Jahrgang.

Es kommt immer besser.

Die Angelegenheit des holländischen Politikers Domela Nieuwenhuis entwickelt sich in einer Weise, die alles übertrifft, was wir bisher auf dem Gebiete der Polizeiwillkür, die in Deutschland ein zivilisiertes Fremdenrecht ersetzt, bisher erlebt haben. Gäbe es so etwas wie ein kulturelles Gewissen in den kapitalistischen Staaten, so würden alle Kulturstaaten nach den jetzigen Vorkommnissen ihre Beziehungen zum Deutschen Reiche lösen. Die kapitalistische Solidarität der herrschenden Klasser aller Länder aber ist natürlich stärker als das Kulturinteresse. Immerhin ist der Kölner Polizeiskandal geeignet, den deutschen Namen der Verachtung aller gesitteten Menschen auszuliefern. Welchen Anspruch dürfen Deutsche noch erheben, die ins Ausland gehen, daß sie dort des Schutzes genießen, wenn man einen alten Mann, der ahnungslos eine Uebertretung begangen hat, zum Spielball dreister polizeilicher Willkür macht!

Die Kölner Geschehnisse sind, wie der Vorwärts mit Recht bemerkt, viel ärger als selbst russische Frevel. Rußland hat überhaupt kein Recht. Der Zar, die Bureaukratie, die Polizei regiert, wie es dieser Dreieinigkeit gefällt. Deutschland aber ist ein Rechtsstaat. Jeder Deutsche und auch jeder Fremde muß den deutschen Gesetzen unterworfen sein. Die Polizei steht nicht über dem Recht. Was in Köln aber geschehen ist, bedeutet schlechthin eine Auflehnung der Polizeiwillkür, der administrativen Rechtlosigkeit gegen die Justiz.

Nieuwenhuis war in der glücklichen Lage, eine leichte Uebertretung des Strafgesetzbuches begangen zu haben. Er hatte sich des Bannbruchs schuldig gemacht. Man hätte nun annehmen sollen, daß ihm in demselben Augenblick der Rechtsschutz der deutschen Gesetze zuteil würde, in dem feststand, wessen er sich schuldig gemacht hatte. Aber die Polizei spottet der Gerichte und des Strafprozesses. Sie behelligte nicht den Richter, sondern brachte Domela Nieuwenhuis zunächst in ihre eigene Gewalt, setzte ihn fest und es fiel ihr nicht ein, ihn an die bürgerliche Justiz auszuliefern. Erst das Eingreifen von Freunden wurde der Anlaß, daß der Verhaftete einem ordentlichen Richter vorgeführt wurde.

Mit diesen Heldentaten hätte nun die Polizei zufrieden sein können, sollte man meinen. Weit gefehlt! Die Kölner Polizei hat es fertig gebracht, auch nach der Aburteilung das Spiel von neuem zu beginnen. Während es das Gesetz als ein schweres Verbrechen ahndet, wenn ein Verurteilter über die Zeit seiner Strafe hinaus festgehalten wird, so hat sich die Kölner Polizei nicht gescheut, den nach dem Richterspruch aus der Haft Entlassenen wieder aus eigener Machtvollkommenheit festzunehmen. Das „Recht" dazu mag sie freilich haben. Denn die Polizei darf ja mit Fremden treiben, was sie will, sobald sie die Sphäre der Justiz verlassen haben. In welcher schamlosen Weise aber diese Tat ausgeführt wurde, zeigt eine Korrespondenz, die dem Vorwärts von seinem Kölner Mitarbeiter zugegangen ist. Es heißt da:

Am Mittwoch Vormittag wurde Domela Nieuwenhuis **gemeinsam mit einer Prostituierten** und anderen Häftlingen im dunklen Gefangenenwagen dem Schöffengericht in Köln zugeführt. Bei dem Verlassen des Transportwagens packte ihn ein Schutzmann beim Rockärmel, **sodaß man den Eindruck gewann, der Greis befinde sich an der Handfessel. Dann sperrte man ihn hinter die enge Abtrennung, wo meistens Dirnen, Landstreicher** und sonstige Glieder der bürgerlichen Gesellschaft sitzen. Man behandelte also den holländischen Gelehrten in allem, **wie man selbst einen gemeinen Verbrecher nicht traktieren sollte.**

Das Ergebnis der Gerichtsverhandlung haben wir bereits telegraphisch gemeldet. Der dem Angeklagten von unseren Kölner Parteigenossen gestellte Verteidiger, Herr Rechtsanwalt E. Schrammen, beantragte die Freisprechung. Da ein Berliner Rechtsanwalt Nieuwenhuis die Auskunft gegeben habe, der am 29. November 1890 seitens der Bielefelder Polizei ergangene Ausweisungsbefehl sei verjährt, und da ihn die Polizei schon dreimal sich in Preußen habe aufhalten lassen, ohne ihn zu belästigen, habe N. annehmen müssen, die Verfügung sei in der Tat erledigt. Demnach habe der Angeklagte sich über eine der Voraussetzungen, die die Anwendung des Strafgesetzes bedingen, im Irrtum befunden. Weiter warf der Verteidiger der Polizei vor, daß sie den § 115 der Strafprozeßordnung, wonach der Verhaftete **spätestens am Tage nach seiner Einlieferung** in das Gefängnis durch einen Richter über den Gegenstand der Beschuldigung gehört werden muß, verletzt habe; denn man habe N. erst elf Tage nach der am 11. September vollzogenen Festnahme dem Richter zugeführt. Darauf erwiderte der Vorsitzende, bei ihm sei die Sache erst am 26. Sept. eingegangen und er habe sie heute, am 27., schon zur Verhandlung gebracht.

Das Gericht erkannte auch gemäß dem Antrage des Vertreters der Staatsanwaltschaft auf keine höhere Strafe, als der Angeklagte sich in gerichtlicher Haft befand: auf 5 Tage, die durch die fünftägige Vorhaft für verbüßt erklärt wurden. Auch hob das Gericht, nachdem Angeklagter und Staatsanwalt das Urteil anerkannt hatten, sofort den Haftbefehl vom 22. Sept. auf. Es war klar, daß Staatsanwalt und Gericht wollten, daß der Verurteilte sofort in Freiheit gesetzt werde und die Urteilsbegründung bezog sich bei der Bemessung der Strafe ausdrücklich auf die seit dem 11. Sept. währende Gefangenschaft.

Niemand zweifelte auch daran, daß man den alten Mann, dem die Einkerkerung, die Trennung von der Familie und die Aufregungen bestimmt schwer an der Gesundheit geschadet haben, noch am nämlichen Tage an die holländische Grenze schaffen werde. Statt dessen hat man dem unerhörten Spiel die Krone aufgesetzt. **Nachdem die gerichtliche Haft aufgehoben war, hat die Kölner Polizei den Greis wieder in ihren Gewahrsam genommen,** wie es heißt, zur Verfügung des preußischen Ministers des Innern. Und wie man weiter annimmt, soll der holländische Staatsbürger noch eine Zeit lang in polizeilicher Gefangenschaft bleiben, bis die Anordnungen des Ministers über die Ausweisung den ganzen Instanzenweg durchgemacht hätten.

Man sieht, die Polizei versteht es auch, das Hindernis zu überwinden, daß ein Fremder, der ein Delikt begangen, in das Bereich deutscher Rechtsgarantien gerettet wird. Für die Polizei ist die richterliche Aktion nur eine flüchtige Episode. Vorher und nachher tut sie, was sie will. Sie raubt einem von Gerichtswegen Freigelassenen wiederum die Freiheit, sie mißhandelt einen alten gebrechlichen Mann, der sich in der ganzen Welt großen Ansehens erfreut. Sie kennt keine Scheu vor dem Ausland, ihre eigene Laune ist ihr das einzige und das höchste Gesetz.

Bereits hat man in Amsterdam eine Entrüstungsversammlung gegen die Verhaftung von Nieuwenhuis veranstaltet. Man wird in der holländischen Kammer über die Angelegenheit die Regierung interpellieren. Das hat man schon getan, ohne daß man die letzten nichtswürdigen Vorgänge gekannt hat. Was wird erst die Oeffentlichkeit der zivilisierten Länder zu dieser neuesten Tat preußischer Polizeiwillkür sagen? Die wildesten Völkerschaften haben mehr Achtung vor der Pflicht der Gastfreundschaft, und sofern sie selbst in fanatischem Fremdenhaß die weißen Teufel totschlagen, so ist das noch immer ehrlicher, als diese nutzlose Brutalisierung eines Fremden unter dem Schein des Rechtes.

Die Kölnischen Vorgänge sind eine Provokation an alle Staaten, deutsche Reichsbürger auch ihrerseits für vogelfrei zu erklären. Wenn wieder einmal wilde „Patrioten" zu den Waffen heulen, weil irgendwo ein Deutscher im Ausland angeblich verletzt sein soll, so wird man ihnen mit dem Fall Nieuwenhuis antworten. Welchen Anspruch kann ein Deutscher auf den Schutz des Auslandes erheben, wo in seinem eigenen Vaterlande die Polizei Fremden jede Unbill, jede Schädigung, jede Beleidigung zufügen kann. Deutschland hat kaum noch etwas in der Achtung der Welt zu verlieren. Seine wirre und zerrissene auswärtige Politik hat das Mißtrauen aller Länder erweckt. Mit seinen frevelhaften Mißhandlungen von Ausländern aber hat es sich selbst aus der Kulturgemeinschaft der Völker ausgeschlossen.

Das Verlangen nach einem Fremdenrecht, das bereits in der letzten Session des Reichstages dringend erhoben wurde, muß nunmehr ohne Verzug erfüllt werden. Es ist nicht länger mehr zu dulden, daß jeder Schutzmann über das Leben und die Sicherheit eines Ausländers frei verfügen kann.

*

Nieuwenhuis wurde am Freitag Nachmittag 3 Uhr auf höhere Anweisung hin in Köln aus der Haft entlassen. Er hatte telegraphisch Beschwerde an den Minister des Innern wegen seiner erneuten Festnahme gerichtet. Nieuwenhuis wird nun nach der niederländischen Grenze „abgeschoben", nachdem die preußischerseits beantragte Uebernahmeerklärung der niederländischen Regierung eingegangen ist. Es wäre doch auch zu unnatürlich gewesen, wenn sich die preußische Polizei, nachdem sie sich mit so glänzendem Ruhm in der ganzen Affäre bedeckt hatte, die Büttelei nicht konsequent durchgeführt und den greisen Gelehrten nicht bis zum letzten Fuß preußischen Bodens mit Gendarmen begleitet hätte. Manche Leute an amtlicher Stelle haben eben durchaus keine Empfindung dafür, wie man sich wenigstens zuletzt noch mit einem Rest von Anstand aus der Sache dadurch hätte ziehen können, daß man Nieuwenhuis frei und allein aus dem barbarischen Preußen zu seinen heimischen Penaten im freieren Holland zurückkehren ließ.

Die Lohnbewegungen im Jahre 1904.

IV.

Von den sonstigen Abwehrbewegungen betrafen noch 5 Fälle mit 511 Beteiligten die Abwehr des Versuches, die Lohnarbeit zu beseitigen; 15 Fälle mit 3576 Beteiligten die Nichtannahme einer schlechten Fabrikordnung; 10 Fälle mit 513 Beteiligten Maßregelung und 44 Fälle mit 2469 Beteiligten die Abwehr von Anforderungen verschiedener Art.

Die Zahl der Bewegungen, die ohne Erfolg endeten, läßt sich nach der für diese erstmalige Aufnahme erfolgten Fragestellung weder für die Angriffs- noch für die Abwehrbewegungen angeben. Es läßt sich jedoch annehmen, daß alle zur Abwehr geführten Bewegungen mit einem Erfolg endeten, sofern nicht von den Berichterstattern angegeben wurde, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit oder eine Lohnkürzung eingetreten ist. Wie schon bemerkt, wird dieser Teil der Statistik wohl nicht vollständig sein, weil das Verständnis für die Wichtigkeit auch dieser Seite der Statistik noch nicht allseitig vorhanden sein dürfte.

Ueber eingetretene Arbeitszeitverlängerungen wird von keiner Organisation berichtet. Ueber Lohnkürzungen berichten 7 Organisationen. Es erlitten 477 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Lohnkürzung von zusammen 551 Mk. pro Woche, und zwar waren Lohnreduzierungen zu verzeichnen bei den: Böttchern für 29 Personen mit 29 Mk., Holzarbeitern für 22 mit 13 Mk., Lederarbeitern für 13 mit 26 Mk., Metallarbeitern für 49 mit 95 Mk., Schuhmachern für 23 mit 22 Mk., Textilarbeitern für 275 mit 300 Mk. und Töpfern für 66 Personen mit 66 Mk. pro Woche. Bei 50 Pf. Lohnkürzung mußten hinnehmen 17, von 60 Pf. bis 1,00 Mk. 370 von 1,50 Mk. 8, von 2,00 Mk. 77, von 2,50 Mk. 2 und von 3,00 Mk. pro Woche 3 Personen. Bei den Maurern ist in den letzten 2 Jahren für 8028 Arbeiter eine Lohnreduzierung und für 888 Arbeiter eine Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten, doch fehlen nähere Angaben darüber, in welchem Umfange eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im letzten Jahre eingetreten ist.

*

Betrachten wir das Ergebnis der Statistik im allgemeinen, so werden wir den Gewerkschaften die Anerkennung für ihr Wirken im Interesse der Arbeiterschaft und im besonderen Interesse ihrer Mitglieder nicht versagen können. Es sind pro Woche 202 197 oder im Jahr rund 10 000 000 Stunden Arbeitszeitverkürzung erreicht worden. Das ist eine dauernde Errungenschaft der Gewerkschafter, aber sie kommt nur rund 50 000 Arbeitern und Arbeiterinnen zugute.

Bezüglich der Lohnerhöhungen und der Abwehr von Lohnkürzungen dürfte es aber fraglich sein, ob sie wirklich zu einer Besserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft geführt haben. Wir sind überzeugt, daß von dem Scharfmachertum diese Zahlen aufgegriffen werden, daß erklärt werden wird: eine viertel Million Mark Lohnerhöhung pro Woche oder rund 12 000 000 Mk. im Jahr sei eine enorme Steigerung des Einkommens der Arbeiterklasse. Zunächst aber sei bemerkt, daß die Arbeiterschaft niemanden weiter, als sich selbst, als ihrer Opferfreudigkeit für ihre Gewerkschaften diesen Erfolg verdankt. Es handelt sich hier nicht um freiwillige Leistungen des Unternehmertums, sondern um Errungenschaften, die der Organisation der Arbeiterklasse zu danken sind.

Trotzdem ist aber mehr als wahrscheinlich, daß diese Lohnsteigerungen das nicht aufwiegen, was den Arbeitern durch **künstliche Verteuerung der Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände genommen ist.** Und wiederum ist es nur ein geringer Teil der Arbeiterklasse, sind es nur rund 125 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich einer Erhöhung ihres Einkommens erfreuen können. Mehr als 5 000 000 Industriearbeiter und -Arbeiterinnen haben die Verteuerung der Nahrungsmittel ertragen müssen, ohne ihr Einkommen erhöhen zu können. Es wäre, trotz aller Anerkennung, die wir den Leistungen der Gewerkschaft zollen müssen, verfehlt, nach dem Errungenen darauf zu schließen, daß sich im letzten Jahre die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gehoben habe.

Und wenn im nächsten Jahre der Zolltarif voll zur Geltung kommt, dann wird mit einem Schlage das vernichtet sein, was die Gewerkschaften in einem Jahrzehnt an Lohnerhöhungen erreicht haben. Das dürfte den Arbeitern nach zwei Richtungen zu denken geben. Sie werden daraus erkennen müssen, daß sie mehr noch als bisher zu ihren Gewerkschaften halten und für deren Ausbreitung und Stärkung mit aller Kraft sorgen müssen. Zweitens aber muß es ihnen klar zum Bewußtsein kommen, **daß es mit dem gewerkschaftlichen Kampf allein nicht getan ist,** wenn durch ein Gesetz allein die Errungenschaften der Gewerkschaftsorganisationen eines Jahrzehntes vernichtet werden können. Sie müssen aus diesem Ergebnis die Lehre ziehen, **daß sie sich auch um die politischen Vorgänge zu bekümmern** und dafür zu sorgen haben, **daß die Gesetzgebung nicht zu ihrem Schaden arbeitet.**

Und wenn wir dann noch in Betracht ziehen, daß selbst in einer Periode wirtschaftlich günstiger Konjunktur und steigender Nahrungsmittelpreise Lohnkürzungen eintraten, so muß mit allem Nachdruck die Mahnung ausgesprochen werden, daß die Arbeiterschaft daran zu denken hat, daß noch gewaltig viel zu tun ist, ehe ihr Recht auf eine ausreichende Lebenshaltung zur Geltung gebracht werden kann.

Wir erwarten bestimmt, daß im laufenden Jahre energischer daran gearbeitet wird, den Ausgleich zwischen Nahrungsmittelverteuerung und Lohnhöhe herbeizuführen. Nicht geduldig in ihr Schicksal ergeben darf sich die Arbeiterschaft, sondern sie muß durch rücksichtslosen Kampf bestrebt sein, die Lasten, die ihr durch eine unsinnige Wirtschaftspolitik auferlegt werden, abzuschütteln. Die Verantwortung für diese Kämpfe mögen jene tragen, welche die Arbeiterschaft in diese Zwangslage gebracht haben. Auf alle Fälle muß die Arbeiterklasse zu dem

Hochzeit.

Eine Bauerngeschichte von Ludwig Thoma.

19) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Sie befand sich in eifrigem Gespräche mit der Ehefrau des Krämers Scharl, welche viel im Pfarrhofe verkehrte und stets allerlei über den Lebenswandel der Dorfbewohner zu berichten wußte. „Denken's Ihnen nur, Fräulein Julian", sagte sie eben, „die Forchhamer Cenzi ist wieder da."

„Die Forchhamer Cenzi? Die in der Stadt drin gedient hat?"

„Ja, die. Sie, die wenn's heut' g'sehen hätten, Fräulein Julian, in der Frühmeß. Nein, so was! Am Seitenaltar is s' g'standen. Ich hab g'rad mei Andacht verricht' und schau bloß amal ganz zufällig hin. Wer ist denn jetzt das? hab ich mir denkt. Wissen's, Fräul'n Julian, ich hab's gleich gar nicht mehr kennt zuerst; ein Moirekleid hat's ang'habt, in der Mitt an Samtgürtel, auf'n Hut hat's eine Straußenfeder g'habt, und an Rock hat's ein bißerl aufg'hoben, daß ma die Zengstiefeerl hat sehen können. Und wie sie sich umdraht, was siech i da? I hab g'meint, i muaß in Ohnmacht fallen, — Handschuh — denken's Ihnen nur g'rad — Glacehandschuh hat's ang'habt — i bitt Ihnen um der Gotts Willen, Fräulein Julian, ham's scho amal so was g'hört, ein ganz an ordinärer Dienstbot und Glacehandschuh? Nein, was man heutzutag alles erleben muß, das is schon großartig! I sag's oft zu mei'n Mann, d'Welt kann nimmer lang steh'n, wenn alles verkehrt is".

Fräulein Juliana hatte aufmerksam zugehört und durch Kopfschütteln ihre entrüstete Mißbilligung gezeigt. „Wie diese Mädchen sich nur nicht schämen! sagte sie und stemmte ihren rundlichen Arm in die Seite.

„Ja schämen!" rief die Scharl mit bitterem Hohn, „da kommeten Sie g'rad recht, Fräulein Julian, wenn sie bei einer solchenen Person ein Schamg'fühl suchen. Die Zeiten sin vorüber, wo sich ein Dienstbot g'schämt hat; protzen tun's jetzt, und groß tun. Wenn eine in der Stadt g'wesen is, meint's, es is nix mehr gut g'nug herauß bei den Bauern. A Stadtfräulein möcht jede spiel'n, wenns auch noch so a g'scheerte Moll'n is, nehmen's mir's nicht übel, Fräulein Julian, aber es is ja wahr."

„Leider, leider, Frau Scharl".

„Und was sin die Folgen von einer solchenen Aufführung?" fuhr die Krämerin eifrig fort, „in der Stadt d'rin umeinanderschlampen, mit alle möglichen Mannsbilder rumfahren und z'letzt gar a Kind krieg'n, weiß niemand, woher — unser Herrgott verzeih mir die Sünd', aber ma muß's ja sagen!"

Fräulein Juliana sah etwas geschämig auf die Seite und murmelte: „Aber ich bitt' Ihnen, Frau Scharl!"

„No ja, is vielleicht net wahr? Was is denn g'wesen mit der Holzapfel Theres? Hat's vielleicht nicht zwei Kinder der Gemeinde ang'hängt? Das Weibsbild, das schlechte, hätt' i beinah g'sagt."

„Allerdings, die Holzapfel ist eine verworfene Person."

„Und so sin's alle, glauben's nur mir, Fräulein Julian, mit dem Hoffahrtsteufel geht's an, das andere kommt nach. No, zu meiner Zeit hätt' amal so ein Schlampen mit Glacehandschuh rumlaufen sollen! Runter'zogen hätt man's ihr von die Pratzen — entschuldigen's, wenn i heftig werd — und hätt's ihr a paarmal um's Maul g'haut, bloß damit 's g'wußt hätt, was sie is. Aber heut muß man sich alles g'fallen lassen, sogar in der Kirchen. Daß einem noch dazu die Andacht g'stört wird!"

„Haben Sie's nicht ang'sprochen, Frau Scharl?"

„Ang'sprochen? Na! Da bin ich mir z'gut dazu! Aber ang'schaut hab ich's, daß sie sich auskennt hat. Ganz feuerrot is 's wor'n, und gleich is sie fort. Ich hab no a paar Vaterunser bet', und nachher hab ich mir denkt: gehst zu der Fräul'n Julian rüber und erzählst ihr's g'schwind!"

„Das is recht, Frau Scharl, jetzt bleiben Sie aber noch ein bissel da und trinken ein Gläsel Nußgeist."

„Ich dank schön, Fräul'n Julian, aber ich sollt eigentli' heim; mein Mann wart' im Laden, und s'Fleisch muß ich zusetzen."

„Das pressiert net so; bleiben's nur.

„Ja, aber . . ."

„Nix, probieren's einmal den Nußgeist; er is nicht schlecht."

Frau Scharl ließ sich erweichen; sie trank den Schnaps und pries die Vorzüge desselben mit höchst anerkennenden Worten. „Ausgezeichnet; der kann einem den Magen wieder einrichten, aber gelten's, Fräulein Julian, ich halt Ihnen von der Arbeit auf?"

„Durchaus net. Sie sehen ja, daß ich mich net stören lass'."

Fräulein Juliana hatte eine Teigmasse auf das Nudelbrett gelegt und knetete eifrig daran herum. „Machen's eine Mehlspeis für'n Herrn Pfarrer?" fragte Frau Scharl.

„Ja, an auszogenen Rahmstrudel; aber ich weiß net, heut wird mir der Teig net wie sonst. Ich glaub, es fehlt am Mehl."

„Ham Sie 's vom Lechleitner?"

„Ja, ich bin sonst recht z'frieden damit.

„So?" Frau Scharl legte einen eigentümlichen Ton in dieses „So" und hustete dann auffallend. Die rundliche Pfarrköchin hielt mit dem Teigkneten ein und blickte fragend auf die Besucherin. Diese strich mit der rechten Hand ihren Rock glatt, sah zur Decke hinauf und dann zu Boden. „Ich weiß net, ob ich Ihnen was erzählen soll," sagte sie plötzlich und ließ eine große Seelenqual merken.

(Fortsetzung folgt.)

„Bitte um Diskretion!"

Aus der Zeit des Sozialistengesetzes.

Die jüngsten Enthüllungen über die Ueberwachung der sozialdemokratischen Agitation überhaupt und einzelnen Personen im besonderen durch die geheime politische Polizei haben viel Aufsehen und Entrüstung erregt. Das alles erinnert an diese Dinge, an die Zeit des Sozialistengesetzes und an die damaligen Machinationen der Polizei, die manchmal eine Gestalt annahmen, von der man sich heute wenig oder nichts mehr träumen läßt. Es ist gut, wenn man von Zeit zu Zeit daran erinnert, was damals in Deutschland alles möglich war.*)

Damals wurden von seiten der Polizeiagenten des öfteren Versuche gemacht, einzelne in der Arbeiterbewegung tätige Personen für sich zu gewinnen und zu Spitzeldiensten zu verwenden. Man weiß, daß es einige traurige Subjekte gab, die solchen Verlockungen nicht widerstehen konnten. Sie wurden zum großen Teil durch die Berichte der „eisernen Maske", wie sich ein gefürchteter Korrespondent des Züricher Sozialdemokrat nannte, entlarvt.

Es kam aber auch vor, daß die Polizeiagenten mit ihren Verlockungen an den Unrechten kamen, und einen solchen Fall, bei dem ich beteiligt war, will ich hier schildern. Derselbe ist zwar schon vor zwanzig Jahren in die Oeffentlichkeit gedrungen, aber er mußte damals zuerst in bürgerlichen Blättern erscheinen, weil wir befürchteten, die Parteiblätter könnten, wenn sie derartiges brächten, unterdrückt werden. Die wenigen Parteiblätter, die es damals gab, übernahmen dann die Sache aus der bürgerlichen Presse.

Es war um die Mitte der achtziger Jahre und wir hatten in Berlin soeben das Berliner Volksblatt gegründet, den Vorläufer des heutigen Vorwärts. Mit unendlicher Vorsicht mußte das Blatt, dessen Redaktion ich zuerst leitete, durch die Klippen des Sozialistengesetzes steuern. Die Sozialistenverfolgung stand damals in höchster Blüte. Die Spitzel drangen sogar als „Journalisten" in das Reichstagsgebäude ein, und jeder sozialdemokratische Abgeordnete hatte, sobald er auf der Straße erschien, seinen „Schatten" in Gestalt eines Putlitzerschen „Zwanziggroschenjungen" hinter sich. Das Spitzelwesen war so ausgebreitet, daß unter den Parteigenossen selbst manchmal mehr oder weniger unnötiges Mißtrauen entstand.

Um jene Zeit kam der Parteigenosse H., der heute Mitglied der Reichstagsfraktion und der weitesten Oeffentlichkeit bekannt ist, in das Reichstagsgebäude und meldete,

*) Der dies schreibt, ist zurzeit damit beschäftigt, in einem größeren sozialpolitischen Roman die Zustände in Deutschland unter dem Sozialistengesetze zu schildern.

Bewußtsein kommen, daß Dulden und Darben nicht nur ihrer unwürdig, sondern auch geeignet ist, ihre Widerstandskraft völlig zu brechen. C. Legien.

Politische Uebersicht.

Wieder ein gemaßregeltes Schulvorstandsmitglied,

das wieder — natürlich nur zufällig — der sozialdemokratischen Partei angehört. Diesmal will man aber nicht erst eine Probeleistung abwarten, es soll vielmehr die Kaltstellung unverzüglich vorgenommen werden. Ueber den neuesten Fall sächsischer Volksschulpolitik berichtet die Chemn. Volksstimme folgendes:

Dieser Tage wurde Genosse C. Göhler in Taura bei Burgstädt als Schulvorstandsmitglied zwecks Befragung nach der Amtshauptmannschaft Rochlitz zum Bezirksschulinspektor Schilling geladen. Man wollte von Göhler wissen, ob er Schulvorstandsmitglied sei. Das wurde bejaht. Nun soll ein Schulvorstandsmitglied die Religion fördern, Genosse Göhler hat aber angeblich das Gegenteil getan. Es wurde ihm vorgehalten, daß im Wahlverein vom Genossen Redakteur Schneider aus Chemnitz ein Vortrag über Christentum und Sozialdemokratie gehalten worden sei. Darin soll gegen die Religion in gehässiger Weise vorgegangen worden sein. Nach diesem Vortrage habe sich Gen. G. an der Diskussion beteiligt und den Vortrag gutgeheißen, sich also nicht für die Religion ins Zeug gelegt. Das war der Grund, daß dem Gen. G. bedeutet wurde, er dürfe nicht mehr dem Schulvorstande angehören. Man war so naiv, unserem Genossen zuzumuten, freiwillig vom Amte als Schulvorstand zurückzutreten. Das hat derselbe natürlich abgelehnt. Nun soll er durch Verfügung ausgeschieden werden. Auf den Beschwerdeweg wurde er hingewiesen. Versichert wurde unserem Genossen noch, daß seine Amtsentsetzung nicht als eine politische Maßregelung zu betrachten sei. Mit seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie habe das Vorgehen gegen ihn gar nichts zu tun, sondern der Grund sei lediglich seine antireligiöse Stellungnahme.

Gründe sind, so bemerkt die Chemnitzer Volksstimme weiter dazu, wohlfeil wie Brombeeren. Unser Genosse Göhler hat im Schulvorstande in vollem Maße seine Schuldigkeit getan und sich die möglichste Förderung der Schule angelegen sein lassen. Es paßt ganz zu der in Sachsen herrschenden Kleinlichkeit, daß Schulvorstandsmitgliedern nachgeschnüffelt wird, um sie aus dem Amte bringen zu können. Das braucht die Schulinspektion nicht veranlaßt haben, aber sie fördert solches Treiben, wenn sie auf Angebereien hin, wie in diesem Falle, hochnotpeinliche Verfahren und Maßregelungen einleitet.

Badische Politik.

Nationalliberale Mache.

Wie der Badischen Post mitgeteilt wird, hat der Präsident des Landwirtschaftsrats, der frühere nationalliberale Abg. Klein (Wertheim) „beschlossen", die Wahl der zwei Vertreter der badischen Landwirtschaft in die Erste Kammer schriftlich zu erledigen, indem er den Mitgliedern des Landwirtschaftsrats den Vorschlag machte, die Herren Oekonomierat Frank und Mühlenbesitzer Dreher zu wählen.

Auf diese Weise soll offenbar der Versuch gemacht werden, die zwei nationalliberalen Manschettenbauern, die keine Aussicht mehr haben, in die Zweite Kammer gewählt zu werden, in die Erste Kammer zu bringen. Der vom Präsidenten des Landwirtschaftsrats vorgesehene Wahlmodus ist aber verfassungswidrig. Er wird also den Landwirtschaftsrat schon zusammenrufen müssen. Uebrigens sind die Mitglieder des Landwirtschaftsrats fast durch die Bank Manschettenbauern.

Der Ettlinger Landsmann

erhält vom Bad. Beobachter einen zweiten Rüffel. Das schwarze Zentralorgan schreibt:

Der Bad. Landsmann hat in letzter Zeit verschiedentlich die Kritik herausgefordert. Wir haben geschwiegen und ihn dann und wann selbst in Schutz genommen. Nachdem er aber fortfährt, allerlei merkwürdige Sprünge zu machen und uns auf sachliche, kritische Bemerkungen in einer durchaus unartigen Weise antwortet, durften wir nicht mehr stille zusehen.

Unartig ist für das Ettlinger Zentrumspapierchen ein sehr milder Ausdruck. Die Art, wie dieses Blättchen den politischen Kampf führt, ist oft unter aller Kritik. Insbesondere sind es die pfarrhöfischen Mitarbeiter des papiernen Bengels, die einen Kampf führen, den man einfach mit Stillschweigen übergeht. Daß der Bad. Beobachter unser Urteil über das Ettlinger Blättchen, wenn auch nur indirekt, bestätigt, freut uns einigermaßen.

Landtagswahlbewegung.

Durlach. Heute hielt der „Block" hier seine erste Wahlversammlung ab. Der Saal zur Blume war dicht besetzt, doch dürften etwa 2/3 der Besucher der sozialdemokratischen Partei angehört haben. Der Referent, Herr Rechtsanwalt Muser-Offenburg, verbreitete sich zunächst über das sozialdemokratische Wahlflugblatt, das er sowohl im „Ton" als im Inhalt beanstandete. Was den „Ton" betrifft, so wollen wir als Antwort nur nachstehende Veröffentlichung des Landesboten aus dem Landtagswahlkampf 1903 der Vergessenheit entreißen.

Was sind die Durlacher Landtagskandidaten und was haben wir von ihnen zu erwarten?

1. **Sozialdemokrat:**

Christian Horst, Fabrikarbeiter, Bierzapfwirt und Antirevisionist. Das genügt in den Augen der „Zielbewußten", um die vielseitigen hohen Aufgaben eines Volksvertreters zu erfüllen. In Wahrheit aber unter der Zuchtrute der Parteiführer, der abhängigste Mann von allen.

2. **Nationalliberaler Verlegenheitskandidat.**

Herr Friedr. Kindler, durch Armelieferungen reich gewordener Rentier. Steht heute noch auf der Liste der Armelieferanten im Mobilmachungsfalle. Und dieser Mann soll nicht alles tun, was man von oben wünscht?

3. **Deutsche Volkspartei.**

Herr Karl Delisle, großh. Oberingenieur a. D., altbewährter Landtagsabgeordneter festesten Charakters, in technischen Fragen auch bei der großh. Regierung hoch angesehen, aber auch als bad. Beamter stets seine Selbständigkeit in politischen Fragen wahrend.

Als Mitbegründer einer nun in hoher Blüte stehenden Großindustrie Durlachs (Gritznersche Fabrik) ist Herr Delisle zum Wohltäter vieler reichlichen Verdienst habenden Familien (einschl. Beamten) geworden.

Aber ganz besonders wegen seiner hohen Befähigung und Ansehens in technischen Fragen wird Herr Delisle, wie kein anderer, geeignet sein, die verfahrene Bahnhoffrage zum Wohle der Stadt Durlach endlich zur Entscheidung zu bringen.

Welcher Wähler Durlachs, wenn er nicht gar zu sehr durch Parteihaß blind geworden ist, wird sich wohl noch besinnen, welchem von den drei Kandidaten er seine Stimme zu geben hat?

Viele unparteiische Bürger.

So sieht demokratischer „Ton" aus. Herr Muser warf der Sozialdemokratie vor, daß sie, anstatt praktische Politik zu treiben, in Volksversammlungen mit billigen Schlagworten operiere, ideale Zustände verspreche, die sich nie realisieren ließen, und Versprechungen mache, die sie nie erfüllen könne, daß z. B. ein Zustand, wo keine Steuern mehr bezahlt zu werden brauchten, nie eintreten könne. Als ob die Sozialdemokratie je behauptet hätte, daß auf dem Boden unseres heutigen Gegenwartsstaates derartiges zu verwirklichen wäre, während er gleichzeitig mit dem billigen Schlager operierte, daß sie in dem Wahlflugblatt wohlweislich ihre letzten Ziele, die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit, verschwiegen hätte. Bezüglich der Charakterisierung der Volkspartei in unserem Flugblatt erklärte Herr Muser, daß sie mit der Wahrheit in direktem Widerspruch stände. Seine Partei könne sich nicht auf ein einseitiges Klasseninteresse festlegen, sondern wolle die berechtigten Interessen aller Stände wahrnehmen, insbesondere auch die des Mittelstandes. Herr Muser streifte dann kurz die Zollgesetzgebung, das Seuchengesetz und seine Wirkungen, berührte aber als vorsichtiger Mann mit keinem Worte die Tatsache, daß gerade die Hauptpartei des „Blocks", die Nationalliberalen, einen wesentlichen Anteil an der Durchkreuzung des Zolltarifs haben. Auch in der Behandlung der Schulfrage, in der wir mit ihm durchaus einig sind, berührte er nur ganz kurz den divergierenden Standpunkt der Nationalliberalen, um dann aber um so schärfer auf das Zentrum einzuhauen. Die Haltung des Zentrums in der Wahlrechtsfrage, besonders in Sachen des Budgetrechts, das Rundschreiben des Zentrumswahlkomitees an die katholischen Geistlichen, alles das unterzog er einer scharfen und zutreffenden Kritik. Die Rede endete mit einer warmen Empfehlung der Kandidatur Delisle. Nachdem in der Diskussion zunächst Herr Hauptlehrer Braun seitens der Nationalliberalen einen Appell an seine Parteigenossen gerichtet, für den volksparteilichen Kandidaten einzutreten, nahm noch Herr Lehramtspraktikant Hummel das Wort, um das so ziemlich wieder zu verderben, was Muser gut gemacht. Hatte Herr Muser der Sozialdemokratie „nachgewiesen", daß ihre drei Millionen Stimmen zum größten Teil von „Mitläufern" stammen, so stellte Herr Hummel das politische Verständnis der Arbeiter als nachahmenswertes Beispiel für weite Kreise des Bürgertums hin, die den politischen Fragen indifferent gegenüberständen. Dabei verstieg sich Herr Hummel zu dem pyramidalen Satze, daß unsere wirtschaftlichen Grundfragen nur nach Majoritätsbeschlüssen in den Parlamenten bestimmt würden. Seine Kritik des Fleisch- und Brotwuchers traf durchaus die Zollpolitik der Nationalliberalen. Sonst beteiligte sich an der Debatte niemand.

Deutsches Reich.

Der kleine Landmann und der Zolltarif.

Ein drastischer Beweis dafür, daß die künstlichen Preiserhöhungen der landwirtschaftlichen Produkte den kleinen Produzenten, die genötigt sind, Pachtland zu bewirtschaften, nicht nur nichts nützen, sondern direkt schädlich sind, beweist eine Mitteilung, die dem Gothaer Volksblatt aus Friemar zugeht. Dort sind dieser Tage sieben Acker Land verpachtet worden. Während aber früher für den Acker nur 21 Mark erzielt wurden, sind die Preise diesmal auf 35 Mark pro Acker hinaufgetrieben worden. Hier zeigt sich, was wir bei Besprechung des neuen Zolltarifs wiederholt hervorgehoben haben: die höheren Einnahmen für die landwirtschaftlichen Produkte werden durch die höheren Pachten wieder weggenommen; der Profit bleibt schließlich nur den Landeigentümern, und auch diesen nur, wenn sie über ein genügend großes Stück Grund und Boden verfügen. Ein kleiner Besitzer z. B., der Viehzucht treibt und seine Futtermittel nicht selbst ziehen kann, wird das Mehr, das er für sein Vieh erhält, für das teuere Futter und die sonstigen durch die Zölle verteuerten Gegenstände wieder hergeben müssen. Noch schlechter steht es um die ganz kleinen Bauern, die nicht viel über den eigenen Bedarf produzieren. Die Folgen des Zolltarifs werden manchem Landmann die Augen öffnen.

Ausschließlich mit der Verfolgung von Weinfälschungen

soll sich in den nächsten zwei Jahren der Untersuchungsrichter am Landgerichte Frankenthal beschäftigen, der bisher für den Bezirk Neustadt a. d. H. tätig war. Auf diese Weise wird der Untersuchungsrichter in die Lage versetzt, in allen mit Weinfälschungen zusammenhängenden Fragen nicht nur gründliche Erfahrungen zu sammeln, sondern auch Weinfälschungen sofort nachspüren und verfolgen zu können. Von der zuerst angeregt gewesenen Domizilierung eines Untersuchungsrichters oder eines Staatsanwaltes in Neustadt zu dem ausschließlichen Zwecke der Handhabung des Weingesetzes hat man Abstand genommen.

Agrarische Fleischverbilligung.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung teilt mit, daß der Vizepräsident des Reichstags, der konservative Graf Udo Stolberg, an den Reichskanzler mit dem Ersuchen herangetreten sei, er möge eine Ermäßigung der Eisenbahntarife für lebendes Vieh und für frisches Fleisch herbeiführen. Eine solche Ermäßigung, so sehr sie auch zu wünschen ist, würde indessen zur Linderung der Fleischnot sehr wenig helfen, so lange die Grenzen gesperrt bleiben. Dem Grafen Udo Stolberg, der von solchen Konsequenzen nichts wissen will, ist es offenbar hauptsächlich darum zu tun, den Großgrundbesitzern, die ihre Güter weitab von den großen Städten haben, die Konkurrenz auf dem städtischen Vieh- und Fleischmarkte zu erleichtern.

Die sächsischen Landtagswahlen.

Bei den gestrigen Wahlen zur Zweiten Kammer des sächsischen Landtages wurden anstelle der ausgeschiedenen 30 Abgeordneten gewählt: 19 Konservative, 8 Nationalliberale, 1 Reformpartei (Antisemit), 1 Freisinniger, 1 Sozialdemokrat. Die Zweite Kammer setzt sich demnach aus 53 Konservativen, 24 Nationalliberalen, 2 Mitgliedern der Reformpartei, 2 Freisinnigen und 1 Sozialdemokraten zusammen.

Im 37. ländlichen Wahlkreis wurde Goldstein (Soz.) mit 52 Stimmen gewählt gegen Modes (kons.), auf den 44 Stimmen fielen.

Mit unserem Genossen Goldstein zieht wieder der erste Sozialdemokrat in das sächsische Dreiklassenparlament ein.

Aus der Partei.

* **Offenburg,** 1. Okt. Man schreibt uns: Es geht unseres Erachtens nicht an, die Notiz der Volksstimme über den Ausfall der hiesigen Kassenwahl als „leidenschaftlich" und „beleidigend" zu bezeichnen. Sie war im Gegenteil streng sachlich und trat niemanden zu nahe. Der hiesige Gewährsmann des Volksfreund hätte es deshalb auch vermeiden sollen, in seiner Erwiderung, die an dem von der Volksstimme gesagten gar nichts widerlegt, persönlich zu widerlegen oder gar zu einem — nach Lage der Sache doch wirkungslosen — Drohung zu greifen. Daß hier nicht alles so ist, wie es sein sollte, hat der Wahlausfall unwiderleglich bewiesen; man täte also besser daran, ans Bessermachen zu gehen, anstatt diejenigen, die im Interesse der Partei den Finger in die Wunde legen, zu verdächtigen.

Freiburg, 29. Sept. Wir bitten die Parteigenossen, die Bekanntmachungen im Inseratenteil zu beachten. Des weiteren richten wir an die Parteigenossen, an die alten sowohl als die jungen, den dringenden Appell, sich in der nächsten Zeit an allen Wahlarbeiten mit Eifer zu beteiligen. Wahlerfolge werden nur erzielt, wenn alle Kräfte zusammenarbeiten. Jetzt darf keiner mehr zurückstehen.

Am Sonntag, den 15. Oktober, ist Flugblattverteilung und bitten wir die Genossen, sich darauf einzurichten.

Neues Parteistatut und Landesorganisationen. In der Berichterstattungsversammlung vom Parteitag in Nürnberg wurde folgender Antrag angenommen: „Die Versammlung hält es mit Rücksicht auf die Beschlüsse des Parteitages bezüglich des Organisationsstatuts für notwendig, den bayerischen Parteitag, wenn irgend möglich, noch in diesem Jahre abzuhalten, und ersucht den Landesvorstand, sobald als möglich die Vorbereitungen zu dessen Einberufung zu treffen."

Das Straßburger Parteiorgan, die Freie Presse für Elsaß-Lothringen, ist dieser Tage samt der dazu gehörigen Druckerei in den Besitz der Gesamtpartei übergegangen. Bisher gehörte das Unternehmen den der Straßburger Bezirksorganisation angegliederten Parteigenossen; es wird unter der Firma Straßburger Volksdruckerei, Paul Singer, weitergeführt werden. Als Geschäftsführer ist Genosse Heinrich, der bisherige Leiter des Bremer Parteigeschäftes, angestellt worden. Mit der Uebernahme ist ganz besonders eine Ausgestaltung und Erweiterung des Straßburger Parteiorgans geplant.

In dem bekannten Kollmann'schen Erbschaftsprozeß ist zwischen den Kollmannschen Erben, von denen ein Teil in Nürnberg wohnt, und dem Genossen Bebel ein Vergleich abgeschlossen worden.

Soziale Rundschau.

Beruf und Militärtauglichkeit. Unter dieser Ueberschrift berichtet Ammon in der Deutschen Welt vom 18. Juli 1905 von den verdienstvollen Untersuchungen Dr. E. Roeses in Dresden aus der Politisch-anthropologischen Revue, Heft 3. Danach haben wohl die Brauer, Küfer und Bier-Ausgeber eine gute Körperentwicklung im Königreich Sachsen und Thüringen, aber die Söhne von Angehörigen der Alkoholgewerbe nehmen nach dieser Richtung hin eine der letzten Stellen ein. Die Brauer hatten eine Militärtauglichkeit von 76 Prozent, die Elbschiffer 73,7, Fleischer 69,0, Landwirte 62,5; es folgen Verkehrsbeamte, Baugewerbe, Handwerk, Bekleidung, Bäcker, Arbeiter, Kopfarbeiter mit 41,7, Kellner mit 25 Prozent. Aber bei den Söhnen dieser Berufe ergibt sich eine ganz andere Reihe: Elbschiffer, Landwirte, Baugewerbe, Kopfarbeiter, Alkoholgewerbe 43,3 Prozent, Fleischer 38 Prozent und an letzter Stelle Kellner. Die Kellnersöhne sind die schlechtesten, wie die Kellner selbst.

Der guten und schlechten Körperentwicklung entspricht gleichlaufend der Brustumfang. Das ist der sichtbare Ausdruck der Schädigung der Nachkommenschaft durch den Alkoholgenuß der Eltern sowie der Hemmung der Entwicklung der Kinder durch frühzeitige Gewöhnung an den Alkohol. Bekannt ist in Amerika (Dr. A. W. Stille) die auffällige schwache Begabung der Kinder der deutschen Brauer in amerikanischen Schulen. Die Frage, ob das Biertrinken schädlich sei, wird leider nur sehr häufig in grausamer Weise durch die körperliche und geistige Schwäche der Kinder der Biertrinker beantwortet.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Streik der Granitsteinmetzen im Acherthal dauert unverändert fort. Eine Verhandlung, welche am 1. Oktober in Achern stattfand, führte zu keinem Resultat. Näheres in nächster Nummer.

Zum Kampf in der Berliner Elektrizitätsindustrie. Vor der auf Montag Vormittag anberaumten Fortsetzung der Besprechungen zwischen den Vertretern der drei Firmen der Elektrizitätsindustrie und den Abgeordneten der Arbeiterausschüsse hatte der Magistratsrat Schulz kurze Rücksprachen mit beiden Parteien, aus denen sich ergab, daß die Arbeiter nur dann bereit seien, Vorschläge zur Einigung zu machen, wenn die Firmen vorher erklären, über die vor dem Ausbruch des Streiks gewährten Zugeständnisse hinauszugehen. Zu Beginn der gemeinsamen Sitzung gab ein Vertreter der drei Firmen die Erklärung ab, daß diese Ausführungen keinen Grund zur Aenderung der Auffassung der Sachlage gegeben hätten, die Firmen würden daher über die vor dem Ausbruch des Streiks eingeräumten Zugeständnisse bezüglich der Lohnsätze nicht hinausgehen. Schulz bezeichnete die Einigungsversuche als vorläufig gescheitert und vertagte die Besprechungen auf unbestimmte Zeit.

---

daß ein Polizeiwachtmeister in seinem Revier — am Ostbahnhof — den Versuch machen wolle, ihn zu gewinnen, und daß derselbe sich zu einer Besprechung in H.'s Wohnung für den nächsten Vormittag angemeldet habe. H. war begreiflicherweise tief entrüstet darüber, daß man ihm zutraue, er sei fähig, sich als Polizeispitzel anwerben zu lassen. Er wollte daher der Polizei „eins auswischen" und verlangte von der Fraktion einen Abgeordneten als Zeugen für die Unterredung, um vor diesem den Vermittler abblitzen lassen und dann die Sache in die Oeffentlichkeit bringen zu können. Zu diesem Zeugen wurde ich bestimmt und erschien den anderen Vormittag etwa eine halbe Stunde vor der für die Unterredung festgesetzten Zeit in der H.'schen Wohnung am Ostbahnhof.

Es war anzunehmen, daß der Abgesandte der Polizei mißtrauisch sein und sich in der Wohnung umsehen würde. Ich schlug nun vor, ich wolle vom Schlafzimmer aus der Unterredung zuhören, die im daranstoßenden Wohnzimmer vor sich gehen sollte. Beim Eintritt des Wachtmeisters sollte sich Frau H. vor demselben in das Schlafzimmer flüchten, da sie noch etwas im Negligee war, und ich setzte voraus, daß unter diesen Umständen der Wachtmeister ihr dahin nicht folgen würde. Indessen war gerade im kritischen Moment, als der Wachtmeister eintrat, Frau H. nicht zur Stelle und die Sache hätte leicht mißlingen können. Der Wachtmeister wollte durchaus das Schlafzimmer durchsuchen, indessen wußte H. ihn geschickt davon abzubringen.

Alsdann begann die „Verhandlung". Der Wachtmeister bot H. in aller Form an, in den Dienst der Polizei zu treten. Er sollte wöchentlich einen oder zwei Berichte über die inneren Vorgänge in der sozialdemokratischen Bewegung, namentlich aber geheime Versammlungen und dergleichen, an den Wachtmeister absenden und zwar postlagernd. Dafür sollte er „vorläufig" den Gündenlohn von zwanzig Mark wöchentlich erhalten. Um H. dazu geneigt zu machen, behauptete der Wachtmeister, H. brauche keine Bedenken zu haben, denn es ständen verschiedene Parteigenossen, darunter auch „ein sehr hervorragender", im Dienste der Polizei!!!

Bis dahin hatte H. ruhig zugehört, damit der gute Wachtmeister möglichst viel aus der Schule plaudern sollte. Nun aber konnte er seine Entrüstung nicht länger zügeln und wies in den schärfsten Ausdrücken die an ihn gestellte Zumutung zurück. Zu gleicher Zeit trat ich aus dem Schlafzimmer und stellte mich dem Herrn Wachtmeister mit einer ironischen Verbeugung vor. Er fiel beinahe auf den Rücken vor Schreck darüber, daß die Unterredung einen Zeugen gehabt.

„Ich bitte um Diskretion!" stammelte er.

„Wir werden sehen!" sagte ich sehr belustigt über seine Bestürzung.

Hierauf trat der unglückliche Vermittler mit ungeheurer Schnelligkeit, von unserem schallenden Gelächter begleitet, den Rückzug an.

Ich veröffentlichte den Vorgang in der damals von Dr. Philipps redigierten Berliner Volkszeitung. Philipps ließ das betreffende Blatt an den Litfaßsäulen anschlagen, und am anderen Morgen umstanden zahlreiche Passanten dieselben und machten sich über den „reingefallenen" Agenten der Berliner Polizei lustig. Die Sache machte ein ungewöhnliches Aufsehen, trotzdem man in jener Zeit an die merkwürdigsten Polizeiaffären gewöhnt war.

Wie groß die Nase war, die der unglückliche Wachtmeister erhielt, weiß ich nicht. Er wurde später — mit W. beginnt sein Name — in eine große Industriestadt der Provinz Sachsen versetzt und kam manchmal wieder bei politischen Prozessen gegen die Sozialdemokratie zum Vorschein. Indessen scheint jener Vorfall bei ihm eine heilsame Wirkung ausgeübt zu haben, denn er tat sich keineswegs durch besondere Gehässigkeit gegen die Sozialdemokratie hervor, wie man mir mitgeteilt hat.

Eine offizielle Aeußerung seitens der Berliner Polizei über diesen Vorfall ist damals nicht erfolgt. Sie steckte die Angriffe und den Spott der Presse schweigend ein.

W. B.

77. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte.

B. Meran, 29. Sept.

V.

Heute Vormittag um 10 Uhr begann die Zweite Allgemeine, zugleich die Schlußsitzung der Versammlung in der großen Festhalle. Auf diese allgemeinen Sitzungen konzentriert sich das Hauptinteresse, das weitere Kreise an den Naturforscher-Versammlungen nehmen, in erster Linie. Mitglieder der Gesellschaft und damit Teilnehmer an der Versammlung sind nicht nur Fachleute und Forscher, sondern jeder kann es werden, wenn er einen Jahresbeitrag von 20 Mk. zahlt. Eine gedeihliche Entwicklung und besonders Einwirkung der Wissenschaft, die Durchdringung unseres gesamten Kulturlebens mit naturwissenschaftlichem Geist ist nicht denkbar, wenn nicht auch die gebildeten Schichten der Bevölkerung — das arbeitende Volk bleibt heutzutage aus sozialen Gründen ausgeschlossen und ist fast allein auf seine Presse angewiesen, — in dauernder Berührung mit der Wissenschaft bleiben und eine Anschauung von ihrer Entwicklung erhalten. Darin liegt ein wesentlicher Wert der Naturforscher-Versammlungen und speziell der allgemeinen Sitzungen, oder vielmehr er könnte darin liegen.

In der Praxis wird viel gesündigt, indem der Vortragende eine kürzere oder längere, oft stellenweise unverständliche Abhandlung einfach — verliest, nicht vorträgt. Lesen kann man natürlich viel fruchtbarer, mit viel mehr Ruhe, etwas Gedrucktes, und zwar, wenn man allein ist und jeden Satz durchdenken kann; der Vortrag soll durch die unmittelbare Wirkung des lebendigen und gestaltenden Wortes die Verbindung mit den wachsenden und werdenden Anschauungen der Wissenschaft selbst einem nicht sehr Geübten zu denken geben. Daran fehlt es leider sehr oft; doch in so unerhörter Weise, wie es heute in Meran gefehlt hat, ist es mir bisher von einer Naturforscher-Versammlung nicht erinnerlich.

Zunächst war die Tagesordnung mit der letzten der drei gelehrten Abhandlungen sehr stark belastet, die am Mittwoch ausgefallen war; diese **Neue Theorie der Vererbung** wurde von Prof. Hatschek-Wien verlesen. Dann folgte ein Vortrag von Prof. Molisch-Prag: **Ueber Lichtentwicklung in den Pflanzen,** der einzige in den allgemeinen Sitzungen dieser Tagung der Naturforscher, welcher frei gehalten wurde. Der Vortragende gab mit voller Beherrschung seines Materials einen anregenden Ueberblick über den Stand der Forschung auf diesem Gebiete. Neben rund 30 verschiedenen Bakterienarten sind etwa halb so viel andere Pilze bekannt, welche zu leuchten vermögen. Da sie zu den verbreitetsten Pflanzen gehören, sind wir in der Natur und auch im Haushalt ziemlich stark von leuchtenden Pflanzen umgeben. Das Leuchten des Schlachtviehfleisches, das vor Kurzem als eine Seltenheit galt, fand der Vortragende als ganz gewöhnliche Erscheinung, deren Erreger in unseren Eiskellern, Schlachthäusern, Markthallen 2c. sehr verbreitet sein muß. Auf seinen Wanderungen in Java fand er verwesende Blätter verschiedener Pflanzen, die im Finsteren leuchteten, und dadurch zu weiterer Untersuchung angeregt, erkannte er, daß auch bei uns zur Sommerszeit ein nicht geringer Teil der abgefallenen Blätter, besonders von Buche und Eiche, im Walde leuchtet, weil ihre Verwesung von einem Leuchtpilz bedingt wird. Das Wesen des Leuchtens ist bei Pflanzen ganz anders als bei Tieren, nicht momentan und nur einen Augenblick dauernd, sondern eine Pflanze kann wochen- und monatelang, bei reichlicher Nahrungszufuhr selbst jahrelang leuchten; es scheint auf einer besonderen Substanz zu beruhen, welche die Pflanzen bilden, dem Photogen (das bedeutet: Lichterzeuger). In diesem Lichte hat man irgend welche der neueren geheimnisvollen Strahlenarten nicht gefunden.

Irgend ein Nutzen für die Pflanze hat sich durch das Leuchten entgegen den Verhältnissen bei den Tieren nicht herausgestellt, es scheint sich hier lediglich um eine Folge des Stoffwechsels zu handeln.

Auf den überaus interessanten Vortrag, der hier noch nicht einmal im Umriß skizziert ist, folgte eine Vorlesung von Prof. Dürck-München über **Die Beri-Beri-Krankheit,** die sich in den angemessenen Grenzen hielt, auch stellenweise durch freien Vortrag belebt wurde. Dann aber erlaubte sich Dr. Nüsser-Bunzlau, fast alle zwei Stunden eine lange Abhandlung vorzulesen über **Individualität und Psychose.** Das Thema ist außerordentlich aktuell und wichtig, und die Abhandlung Nüssers überaus interessant, das Studium derselben kann jedem empfohlen werden, der sich über diese Dinge unterrichten will. Nüsser legte in überzeugender Weise dar, daß bestimmte Geisteskrankheiten nicht etwa bestimmten Charakteranlagen entsprechen, so daß nur bestimmt geartete Personen davon befallen werden, sondern daß jedermann, mag sein Charakter sein wie er wolle, von einem solchen Unglück betroffen werden kann.

Da er aber zwei Stunden lang las, konnte er auf die Zuhörer nicht wirken, sondern sie nur ermüden. Als er um 2 Uhr endlich fertig war, flohen von den Wenigen, die bis zu Ende ausgeharrt hatten, auch noch die meisten, so daß der letzte Vortrag, von Wimmer-Wien: **Mechanik der Entwicklung der tierischen Lebewesen,** nur noch 30—40 Zuhörer fand. Er wurde trotzdem nicht abgesetzt. Nachher wurde die Versammlung und damit die gesamte diesjährige Tagung mit den üblichen Formalitäten geschlossen.

Litteratur.

Kommunale Praxis, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus, herausgegeben von Dr. A. Südekum, Berlin W. 15.

Die soeben erschienene Nummer 25 dieser Zeitschrift zeichnet sich wieder durch einen großen Inhaltsreichtum aus.

Probenummern der Wochenschrift sind jederzeit kostenlos vom Verlag der Kommunalen Praxis, Berlin W 15, zu beziehen.

Das freie Wort. Frankfurter Halbmonatsschrift für Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens. Herausgegeben von Max Henning. 5. Jahrgang Nr. 13, erstes Oktoberheft. 48 Seiten. Vierteljährlich 2 Mk. Einzelheft 40 Pf. Neuer Frankfurter Verlag, G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Humoristisches.

Ahnungsvoll. Gattin: „Höre, Fritz, heut mußt du wegen des Essens schon 'mal ein Auge zudrücken!" — Gatte: „Mein Gott, also nicht einmal zum — Ansehen ist's?!"

Am Stammtisch. A.: Der Meier war gestern wieder einmal besoffen wie ein Schwein! — B.: Pfui! Sie sollten in diesen Zeiten der Schweinenot nicht solche verächtlichen Vergleiche ziehen! So ein Schwein, das ist jetzt eine Respektsperson.

Südd. Postillon.

Badische Chronik.

* **Durlach,** 2. Okt. Wahrscheinlich im Zustande geistiger Umnachtung hat sich der Weichenwärter Stephan Klotz erhängt.

— Die Sprechstunde des Arbeitersekretärs Gen. Willi findet wie gewöhnlich auch morgen Abend statt.

Kleinsteinbach, 2. Okt. Ein Original-Diebstahl wurde am Samstag Nacht im Rathaus in Kleinsteinbach verübt. Die Amtskette des Bürgermeisters, sowie ein Havelock, dem Gerichtsvollzieher gehörig, wurde gestohlen. Vom Täter fehlt jede Spur.

Achern, 2. Okt. In Diersheim stürzte die Witwe des Bäckers Hauß eine Treppe herab. Sie zog sich eine Gehirnerschütterung zu, an deren Folgen sie starb.

Schönau i. W., 2. Okt. Der Ortsgemeinde Fahl wurde vom großh. Ministerium des Innern zur Bestreitung des Aufwandes für ihre Wasserversorgung ein Staatsbeitrag von 5000 Mk. bewilligt

* **Konstanz,** 2. Okt. Demnächst soll im hiesigen Bahnhof ein neuer, langer Bahnsteig gebaut werden. Zu diesem Zwecke sind auf südlicher Seite große Schienenverlegungen nötig.

— Der Lustmörder Brückel kommt vor dem nächsten Schwurgerichte zur Aburteilung.

Aus Baden, 2. Okt. Am Bodensee am Kaiserstuhl, in der Gegend von Freiburg und an anderen Orten des Oberlandes hat die Weinernte begonnen. Der Most am See wiegt durchschnittlich bei weißem Gewächs 52—58 Grad, bei rotem 62—68 Grad. Aus Würzburg wird berichtet: Der neue Wein wiegt 56—60 Grad. Verkäufe wurden noch nicht abgeschlossen. Doch dürfte der Preis 55—58 Mk. sein. Der Tabak wurde hier zum Preise von 43 Mk. per Zentner verkauft. Am Kaiserstuhl erzielten weiße Trauben per Zentner einen Preis von 8 Mk. Um Freiburg ist man mit der Weinernte wenig befriedigt.

Heidelberg, 2. Okt. Der die Fahrbahn des Neckars überspannende Bogen der neuen Neckarbrücke, welche von der Nebenbahn Mannheim-Weinheim-Heidelberg-Mannheim erbaut wird, ist heute früh zwischen ½7 und ¾7 Uhr eingestürzt. Der Bogen hatte eine Spannweite von 14 Metern. Das Geräusch des Einsturzes glich dem eines heranbrausenden Eisenbahnzuges. Die eine Hälfte des Bogens liegt im Wasser. Menschenleben sind nicht verunglückt, da um die genannte Zeit niemand auf dem Bau beschäftigt war. Der Materialschaden läßt sich noch nicht übersehen. Der Schiffahrtsverkehr dürfte infolge der Schwierigkeit der Aufräumungsarbeiten auf lange Zeit gesperrt sein.

Das Heidelberger Tagblatt berichtet über die Ursache des Einsturzes: Ein Abspießen des Bodens war außerordentlich erschwert. Dies und der Umstand, daß sich ein schwerer Dampfkranen auf der Spannung sich befand, verursachte, daß die Eisenkonstruktion der eigenen und der Last des Krans nicht stand halten konnte. Die eisernen Träger brachen an den Pfeilern durch und der ganze Brückenbogen stürzte mit dem darauf befindlichen Kranen in den Neckar. Die Brücke war nahezu vollendet.

Wiesloch, 2. Okt. Zum Brande in der Bahnhofstraße. Unter dem Verdachte der Brandstiftung wurde der Küfer Schweinfurth verhaftet.

Aus dem Reiche.

Worms, 2. Okt. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Dompropstes Malzi, der vom Landgericht in Mainz am 10. April wegen Sittlichkeitsverbrechens zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden ist.

Stuttgart, 2. Okt. Heute Nacht ist der Küfer Kuttler von einem Arbeiter, den er aus seinem Hofe wegweisen wollte, nach kurzem Wortwechsel erstochen worden. Der Täter floh, wurde aber ergriffen.

Zwickau, 1. Okt. Ein Opfer seines Aberglaubens ist der 58jährige Gartenhausbesitzer Bucher in Zschocken geworden, der steif und fest glaubte, der Mühlenbesitzer Unger habe ihm sein Vieh behext und von seinen Feldfrüchten gestohlen. Als Bucher mit Unger zusammentraf, verabfolgte er diesem mehrere Schläge mit einer Hacke, so daß der Mißhandelte 14 Tage bettlägerig war. Das Schöffengericht zu Hartenstein hatte unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Angeklagte so tief in den Banden des Aberglaubens gelegen, diesen nur zu 200 Mk. Geldstrafe und zu 200 Mk. Buße verurteilt. Das Landgericht Zwickau erhöhte die Buße auf 500 Mk., beließ es aber bei 200 Mk. Geldstrafe.

Beuthen in Oberschlesien, 1. Okt. Schwerer Eisenbahnunfall. Ein größerer Unfall ereignete sich am 30. September, abends 8 Uhr 48 Minuten, im Bahnhof Czernitz. Der Personenzug 858 (Rendza-Kattowitz) fuhr bei der Ausfahrt unter Nichtachtung des Haltesignals auf ein stumpfes Gleise und zertrümmerte den am Ende stehenden Prellbock. Die Lokomotive, der Packwagen und drei Personenwagen 4. Klasse stürzten die Böschung hinab. Der Lokomotivführer Stephan und der geprüfte Heizer Popratz — beide aus Kattowitz — wurden getötet, der Zugführer und zwei Reisende schwer, mehrere Personen leicht verletzt.

Ueberseе, 1. Okt. Vom Zuge getötet. Vom Zuge 2263 wurde gestern Abend der verheiratete Oekonom und Maurer Georg Gastager von Feldwies am Chiemsee beim Schrankenwärterposten 1 in Ueberseе überfahren und sofort getötet.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe,** 3. Okt.

Der Ausstand in der Volksfreund-Buchdruckerei ist beendet.

Heute morgen hat das ausständige Personal die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem das Tarifschiedsgericht, das gestern Abend um 6 Uhr zusammentrat, nach zweistündiger Beratung folgenden Entscheid fällte:

Das Schiedsgericht der Buchdrucker hält die Fassung des § 34 des Tarifs, beim Uebergang vom Hand- zum Maschinensatz, die für den Maschinensatz anzulernenden Gehilfen „möglichst" dem eigenen Personale zu entnehmen, **für unklar;** kann aber die Auffassung des Prozeßstellers nicht teilen, daß außer Leuten des eigenen Personals noch fremde Kräfte herangezogen werden.

Das Schiedsgericht hält es deshalb im Sinne der Kommentierung des § 34 für richtig, die Einstellung des Maschinensetzers Hermann rückgängig zu machen.

Das Schiedsgericht Karlsruhe hält ein Niederlegen der Arbeit ohne Anrufung des Schiedsgerichts **für tarifwidrig** und erblickt in dieser Vertragsverletzung eine Schädigung der guten und wünschenswerten gegenseitigen Beziehungen zwischen der hiesigen Gehilfenschaft und der Prinzipalität.

Es ist deshalb die Arbeit am Dienstag früh vom gesamten Personale wieder aufzunehmen.

Durch diesen Schiedsspruch ist erstens festgestellt, daß die Auffassung der Redaktion und der Geschäftsleitung über die Auslegung des betreffenden Paragraphen des Buchdruckertarifs eine irrige ist und ebenso ist festgestellt, **daß die Niederlegung der Arbeit seitens des Personals, ohne den Schiedsspruch abzuwarten, eine tarifwidrige Handlung war.**

Da wir gestern nur einem Teile unserer Leser durch ein kurzes Flugblatt Mitteilung von den Ursachen der Differenzen machen konnten, sei heute die betreffende Stelle unseres Flugblattes wiederholt. Wir hatten gestern geschrieben:

Die Geschäftsleitung hat kürzlich die Anschaffung einer Setzmaschine beschlossen. Damit diese sofort bei der Herstellung des Volksfreund in Gebrauch genommen werden kann, engagierte sie einen perfekten Maschinensetzer, der bereits mehrere Jahre an der Setzmaschine tätig ist. Dieser Maschinensetzer ist Verbandsmitglied und Vorstandsmitglied des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Das Personal unserer Druckerei verlangte aber, daß nur Setzer aus dem Personal des Volksfreund an der Maschine Verwendung finden dürfen. Es stützt sich dabei auf den § 34 des Buchdruckertarifs, welcher in seinem Absatz b besagt:

„Die für den Maschinensatz anzulernenden Gehilfen sind möglichst dem eigenen Personale zu entnehmen."

Die Geschäftsleitung geht von der Ansicht aus, daß sie den Anforderungen des angezogenen Passus vollständig insofern Rechnung trägt, wenn sie außer dem neuengagierten Setzer zwei bisherige Setzer des Volksfreund an der Maschine anlernen läßt.

Dem Verlangen, nur Setzer aus der Volksfreund-Druckerei zu beschäftigen, kann sie um deswillen nicht entsprechen, weil neuangelernte Setzer unmöglich die Maschine so bedienen können, daß diese bei der Herstellung des Volksfreund tadellos funktioniert. Zur Anlernung zweier Handsetzer bedarf es einer Kraft, die mit der Setzmaschine schon vollständig vertraut ist. Deswegen wurde ein perfekter Maschinensetzer engagiert. In fast sämtlichen Parteidruckereien, in welchen man Setzmaschinen aufstellte, ist ähnlich verfahren worden.

Nachdem sich die Geschäftsleitung — was ganz selbstverständlich ist und was ihre Absicht gleich anfangs war — sich dem Schiedsspruch gefügt, bleibt nur noch die Frage zu erörtern übrig: War die Arbeitsniederlegung eine zwingende Notwendigkeit? Und diese Frage muß mit **Nein** beantwortet werden.

Waren die Setzer der Ansicht, der § 34 b des Buchdruckertarifs lasse die Engagierung eines Maschinensetzers aus einer andern Druckerei nicht zu, dann stand es ihnen frei, den **Schiedsspruch abzuwarten** und **erst dann** die weiteren Maßnahmen zu ergreifen. Das haben sie nicht getan. Mit der schärfsten Waffe, die der Arbeiter zur Verfügung hat, sind sie vorgegangen. Sie haben anscheinend nicht bedacht, daß es das Parteiorgan war, gegen das sie ihre Waffen richteten. Sie scheuten nicht davor zurück, der Partei in einem Augenblick in den Rücken zu fallen, in welchem diese sich im Hinblick auf die **Landtagswahlen im heftigsten Kampfe mit den Gegnern der Arbeiterbewegung** befindet. Das Freudengeheul der hiesigen und auch auswärtigen bürgerlichen Presse — auf welches wir übrigens erst morgen zurückkommen können — zeigt ihnen, welchen Schaden sie dem Organ der Arbeiter und damit auch der gesamten Sozialdemokratie zugefügt haben.

Nach Lage der Sache wußte das Personal sehr genau, **daß in sozialdemokratischen Betrieben genug Instanzen vorhanden sind, durch welche eine Schlichtung auch der weitgehendsten Differenzen möglich ist.** Daß sie diesen Weg nicht beschritten haben, daß sie einfach den Volksfreund nicht erscheinen ließen, das ist es, was man ihnen zum Vorwurf machen muß. Sie haben sich durch dieses Vorgehen von vornherein die Sympathien aller objektiv und gerecht denkenden Parteigenossen verscherzt.

Nicht aus reiner Hartnäckigkeit hat die Geschäftsleitung den von ihr vertretenen Standpunkt eingenommen; sie hat die Verantwortung für den materiellen und finanziellen Stand des Geschäftes zu tragen. Unter solchen Umständen war es also nicht geboten, so wie geschehen vorzugehen.

Wir wollen über manches andere, was gestern von seiten der Ausständigen unternommen wurde, vorläufig schweigen, wir wollen absehen von den Vorwürfen, die man in der gestern Abend bei Möhrlein abgehaltenen Buchdruckerversammlung gegen die Geschäftsleitung erhoben, wir wollen absehen von den Behauptungen, die in einem von den Buchdruckern herausgegebenen kurzen Flugblatt aufgestellt worden sind, wir wollen, wie gesagt, im Interesse des beiderseitigen Friedens diese Dinge nicht ohne zwingende Not im Volksfreund behandeln, das eine bleibt nur noch übrig zu sagen: Die Ausständigen waren sich der Verantwortung nicht bewußt, die sie mit der Proklamierung des Ausstandes übernommen.

Die Wählerversammlungen,

die morgen, **Mittwoch,** für die **Mittelstadt** im Palmengarten, Herrenstraße und in der Krone, Ecke der Rintheimer- und Georg-Friedrichstraße, für die **Oststadt** stattfinden, müssen zahlreich besucht sein.

Genossen! Jetzt gilt es, Schwung in die Wahlbewegung zu bringen. Kein Wähler sollte sagen, er habe es nicht nötig, die Wahlversammlungen zu besuchen. Ein schlechter Besuch der Wahlversammlungen lähmt die Wahlagitation.

Deshalb auf in die Versammlungen.

Parteigenossen! Rührt die Werbetrommel. Unsere Gegner machen große Anstrengungen, um den Erfolg für sich zu haben. **Das darf nicht sein. Wir müssen siegen.** Die Vorbedingung aber ist, daß gearbeitet wird.

Alle Mann an Bord!

Der Minister und die Fleischnot.

Der von uns berührte Empfang der Fleischnot-Deputation durch den Minister Dr. Schenkel verlief ungefähr so: Der Minister erklärte, von einer eigentlichen **Fleischnot** könne in Baden nach den vorliegenden Erhebungen **nicht die Rede sein.** Höchstens existiere ein Mangel an Schweinefleisch, da die Nachzucht von Schweinen sich in den letzten Wochen erheblich verringert habe. Es könne auch nicht in Abrede gestellt werden, daß durch die sehr bedeutende Preiserhöhung für Schweinefleisch die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung und teilweise auch des Mittelstandes ungünstig beeinflußt wird, aber man wolle zunächst den Abschluß der im ganzen Lande gemachten Erhebungen abwarten und dann in eine gewissenhafte Prüfung der Maßnahmen zur Beseitigung der in größeren Städten ganz unzweifelhaft vorhandenen Mißstände eintreten.

Da haben wir's. Nach dem Minister gibt es erstens keine Fleischnot, zweitens existiert höchstens ein Mangel an Schweinefleisch und drittens werde man, wenn die Erhebungen wirklich das Bestehen einer Fleischnot ergeben, prüfen, was zu tun sei. Auf gut Deutsch, es bleibt alles beim Alten! Schlimmer hat man noch niemals die Notschreie des Volkes auf Hebung der Fleischnot verhöhnt. Wer jetzt noch in dieser Angelegenheit von der badischen Regierung Hilfe erwartet, der gehört in's Panoptikum.

In derselben Zeit, in welcher der Minister die Fleischnot verneint, antwortet die Vieh- und Schlachthofdirektion von Karlsruhe auf eine diesbezügliche Anfrage der Allgem. Fleischerzeitung:

„Der Gesamtfleischverbrauch hat trotz einer Bevölkerungszunahme von 2254 Köpfen um 66 625 Kilogramm **abgenommen,** also pro Kopf um 1,6 Kilogramm. Dabei ist zu berücksichtigen, daß gerade der Verbrauch der besseren Fleischsorten, namentlich von Ochsenfleisch und Schweinefleisch, einen ganz außerordentlichen **Rückgang** zeigt; der Verbrauch von Schweinefleisch ist um 157 000 Kilogramm, und von Ochsenfleisch um 120 000 Kilogramm **zurückgegangen.** Der Ausfall von gutem Fleisch wurde zum Teil durch die vermehrten Schlachtungen von älteren Kühen und von jungen halbreifen Rindern gedeckt. In den Zufuhren von Schweinen zu den hiesigen Märkten ist gegenüber dem Jahre 1904 ein großer **Rückgang** zu verzeichnen, der sich namentlich von Mitte Juli ab sehr unangenehm fühlbar machte. Auch das Durchschnittsgewicht der in dieser Zeit zugeführten Schweine ist um 2 Kilogramm geringer wie dasjenige in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zufuhren zu den Märkten haben im Jahre 1905 (bis 31. August) gegenüber 1904 (31. August) wesentlich **abgenommen,** und zwar bei Großvieh um 11 Prozent (5586 gegen 6257 Stück) und bei Schweinen um 7 Proz. (27 462 gegen 29 492 Stück). Der Zahl nach hat der Auftrieb an Großvieh im allgemeinen der Nachfrage genügt, dagegen nicht der Qualität nach. Bei Schweinen genügte dagegen das Angebot nicht annähernd der Nachfrage. Die derzeitige Knappheit an Vieh und an Schweinen, insbesondere an Mutterschweinen und an Zuchtferkeln, sowie der nicht besonders günstige Ausfall der Kartoffelernte und endlich die voraussichtliche Verteuerung der Futtermittel durch das Inkrafttreten des neuen Zolltarifs am 1. März 1906 lassen eher noch ein **weiteres Steigen der Preise** als ein Abnehmen derselben erwarten.

Es gibt keine Fleischnot, sagt der Minister!

---

* **Der Verein für Feuerbestattung** zu Berlin hat beim Stadtrat darum nachgesucht, daß ihm zur Veröffentlichung in der Zeitschrift Die Flamme periodisch die Namen der im hiesigen Krematorium Eingeäscherten mitgeteilt werden. Der Stadtrat beschloß, dem Gesuche stattzugeben, soweit die Angehörigen der Eingeäscherten mit der Veröffentlichung einverstanden sind.

Uebrigens ist in der Frage der Feuerbestattungen, wie wir dem Landesboten entnehmen, ein bemerkenswerter Erlaß vom evangelischen Oberkirchenrat über die Mitwirkung der Kirche bei Feuerbestattungen erschienen. Es scheint, daß hierüber nicht ganz klare Vorschriften bestanden haben, die nun durch diesen Erlaß einheitlich festgesetzt werden. Ferner zeigt der Erlaß eine sehr anerkennenswerte Objektivität in der Beurteilung dieser Bestattungsart. Denn zutreffender und mit wenigeren Worten kann wohl kaum der Unterschied zwischen einer Erd- und Feuerbestattung gekennzeichnet werden. Der Erlaß lautet:

„Die Abhaltung kirchlicher Feiern vor der Feuerbestattung Verstorbener dürfte in unserer Landeskirche wohl allgemeine Uebung finden. Sie finden, wo kein Krematorium vorhanden ist, und deshalb eine Ueberführung nach auswärts eintritt, im Trauerhause, anderenfalls auf dem Friedhofe oder auch an beiden Orten statt und erhalten ihren Abschluß häufig noch durch Gebet und Segen vor der Versenkung des Leichnams in den Verbrennungsraum. In solcher Beteiligung des Geistlichen erscheint aber die kirchliche Weihe bei dieser Bestattungsart erschöpft, da ja die Ueberlieferung des Toten an die Flamme dem Hineinlegen in die Erde entspricht und der Unterschied lediglich darin besteht, daß der Zersetzungsprozeß sich hier langsam, dort in kürzester Frist vollzieht. Eine nochmalige Mitwirkung der Kirche bei etwaiger Beerdigung von Aschenresten auf dem heimischen Friedhof müssen wir demnach für unangebracht, weil widersinnig, erklären."

* **Stiftungen.** Das Zinsenerträgnis der Bankier Eduard Koelle-Stiftung für das laufende Jahr im Betrag von 400 Mk. wurde vom Stadtrat als Stipendium an einen der aufgetretenen 6 Bewerber — einen hiesigen Kunstmaler — vergeben. — Die Vergebung der Zinsenerträgnisse der Dr. Schenkschen Familienstiftung und der Dr. Schenkschen Dienstbotenstiftung für 1905 im Betrage von 1340 Mk. bezw. 300 Mk. erfolgt nach den Anträgen der Witwe des Stifters, Frau Geheime Hofrat Dr. Schenk, dahier.

* **Museums-Diebstahl.** In München wurde, wie s. Zt. die Tagespresse berichtete, beim Diebstahl im Nationalmuseum ein junger Mann betreten und festgenommen, in dessen Besitz sich mehrere wertvolle kurz zuvor in andern Museen und andern Ausstellungsgebäuden Münchens gestohlene Kunstgegenstände fanden. Die in seiner Wohnung in Karlsruhe vorgenommene Durchsuchung förderte u. a. das am 22. September 1904 in der Großherzoglichen Gemäldegallerie hier gestohlene Aquarell mit Monogramm Albrecht Dürers, mehrere im Kunstgewerbemuseum und Altertumsmuseum hier, sowie weitere in der alten Pinakothek und dem Nationalmuseum zu München gestohlene Gegenstände zutage. Der Täter ist geisteskrank. Die gestohlenen Sachen sind zurückgegeben.

Vermischtes.

In Lodz wurde am Samstag der Großindustrielle Manufakturat Kunitzer erschossen. Als Täter wurde der 23jährige Arbeiter Ed. Schultz verhaftet.

Die Revolution in Rußland.

Petersburg, 2. Okt. Laut einer Meldung aus Tamsk fand dort gestern im Universitätsgarten eine Studentenversammlung statt, an der sich auch Militärpersonen der aktiven Armee beteiligten. Beim Erscheinen von Kosaken löste sich die Versammlung auf. Vier Personen wurden verhaftet.

Moskau, 2. Okt. In verschiedenen Städten sind Vorbereitungen für einen Arbeiter-Kongreß im Gange, der im Dezember in Moskau stattfinden soll.

Letzte Post.

Mosbach, 2. Okt. Ein Lustmord wurde an einem 19jährigen Mädchen verübt. Dem Mädchen war der Hals durchschnitten. Der Täter soll ein Handwerksbursche sein.

Berlin, 3. Okt. Den Morgenblättern zufolge sind keine wesentlichen Aenderungen im Lohnstreik der elektrischen Industrie vorgekommen. Größere Störungen im Straßenbahnverkehr und in der Beleuchtung sind nicht vorgekommen. Die Haltung der Ausständigen, welche zahlreiche Versammlungen abhalten, ist ruhig. Eine Versammlung wurde polizeilich aufgelöst, weil sie nicht angemeldet war. Heute finden 25 Versammlungen statt.

Brünn, 3. Okt. Hier fanden Demonstrationen statt. In deutschen und tschechischen Kaffeehäusern wurden die Fenster eingeschlagen. Militär säuberte die Straßen. Eine Person wurde schwer verletzt.

Wien, 3. Okt. Ueber die gestrigen Demonstrationen der Tschechen in Brünn meldet die „Neue Freie Presse" weiter: Die Tschechen bewarfen das deutsche Haus, die deutsche Technische Hochschule und andere deutsche Gebäude mit Steinen. In der Hochschule wurden mehrere Hörsäle demoliert. Das Militär, welches zum Schutze der Hochschule ausgerückt war, wurde mit Steinwürfen empfangen und mußte mit dem Bajonet vorgehen. Ein Tischlergeselle wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. 11 Deutsche und 5 Schutzleute wurden durch Steinwürfe verletzt.

Budapest, 2. Okt. Infolge des polizeilichen Verbotes des morgen geplanten Fackelzuges der koalitionsfreundlichen Bürger haben diese beschlossen, von dem Fackelzuge abzusehen, dafür aber am 6. Oktober eine patriotische Wallfahrt zu den Gräbern Ludwig Kossuths und des 1848 hingerichteten ersten ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Ludwig Batthyany zu unternehmen. Ein Teil der Studentenschaft will trotz des polizeilichen Verbotes einen Fackelzug veranstalten, doch wird auch dieser zweifellos verboten werden.

Stockholm, 1. Okt. Die Wahlen zur Zweiten Kammer sind jetzt abgeschlossen. Sie zeigen, daß eine Verschiebung nach links stattgefunden hat. Von 230 Wahlen sind 61 Neuwahlen; 10 Neugewählte sind Sozialdemokraten, welche früher 4, und jetzt 14 Vertreter haben, mindestens 34 gehören der liberalen Partei an. Die Parteistellung zum Reichstag kann noch nicht bestimmt angegeben werden, da viele der Gewählten ihren Standpunkt nicht genau festlegten. Seitens der Rechten rechnet man darauf, daß 107 Mitglieder der Rechten und Gemäßigte, 109 Liberale und 14 Sozialdemokraten gewählt sind, während nach Meinung der Linken 116 Mitglieder der Linken, 100 der Rechten und 14 Sozialdemokraten gewählt sind. Hinsichtlich der Stellung der Gewählten zur proportionalen Wahlmethode meint die Rechte, daß 131 Gegner derselben gewählt seien, während die Linke die Zahl auf 150 veranschlagt.

Stockholm, 2. Okt. Der Reichstag wurde heute von dem Ministerpräsidenten Lundeberg mit folgender Thronrede eröffnet: „Ueberzeugt von der Wichtigkeit dessen, daß die Lage auf der skandinavischen Halbinsel, die durch den Beschluß des Storthings vom 7. Juni geschaffen wurde, baldigst durch geordnete Verhältnisse abgelöst werde, habe ich Sie zu dem neuen Reichstag einberufen, um diese ernste Angelegenheit einer Beratung zu unterziehen. Uebereinstimmend mit dem von dem letzten Reichstage gefaßten und vom König sanktionierten Beschluß wurden zwischen den Delegierten Schwedens und Norwegens Verhandlungen geführt und ein Uebereinkommen vorgeschlagen, das, nachdem es der Staatsrat einer Prüfung unterzogen hat, Ihnen jetzt zur Erledigung vorliegt. Es ist mein aufrichtigster Wunsch und meine sehnlichste Hoffnung, daß, wenn der Reichstag und das Storthing das Vorgeschlagene annehmen, dies eine Verminderung der Gefahren und Schwierigkeiten mit sich führen wird, welche als Folge der Auflösung der Union entstehen könnten".

Tokio, 1. Okt. In den Militärwerkstätten in Hiroschima brach heute Mittag 1 Uhr Feuer aus. 20 Gebäude wurden zerstört. Untersuchung ist eingeleitet.

Vereinsanzeiger.

Freiburg i. B. (Gewerkschaftskartell.) Wegen baulicher Veränderung unseres Vereinslokals findet die ordentliche Kartellsitzung erst am Dienstag den 10. Oktober statt. 3673

Der Vorstand.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für den Leitartikel, die Rubriken: Politische Uebersicht, Badische Politik, Deutsches Reich, Ausland und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für die Rubriken: Aus der Partei, Soziale Rundschau, Gerichtszeitung, Badische Chronik, Aus der Residenz, Versammlungsberichte, Aus dem Reiche, Vermischtes und Feuilleton: A. Weißmann; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund Geck u. Co. Sämtliche in Karlsruhe.

Friedrichsbad,
136 Kaiserstrasse 136.
Zur gefl. Beachtung
An den fünf ersten Tagen der Woche kostet ein Wannenbad für **Männer** und **Frauen**
30 Pfennig. 3481
Samstags 40 Pfennig.

Nicht teuere kostspielige Medikamente
gereichen dem Gemeinwohl zum Vorteil, sondern erprobte Nährmittel, welche preiswert und **überall** käuflich sind. Knorrs Haferpräparate und Suppenmehle zeichnen sich durch ihre vorzügliche Qualität aus: sie sind aus den besten und feinsten Rohmaterialien hergestellt, ohne besondere Aufwendungen und überall zu erlangen. Knorrs vorzüglichen Haferkakao bereitet jede Hausfrau nach eigenem Geschmack sich selbst, indem sie Knorrs Hafermehl zur Hälfte mit einem guten Kakao mengt und dann der Milch 2c. beifügt. Die vielen Vorzüge solch eines selbst zubereiteten Haferkakao bedürfen wohl keiner besonderen Erläuterung!

Der gesamte Restbestand der von der Vorinhaberin übernommenen Waren gelangt von heute ab vollständig separat zum Verkauf:

Kleiderstoffe:

Serie I: Wert **1.10, 1.35, 1.50,** durchweg jeder Meter **95** ₰

Serie II: Wert **1.60, 1.80, 2.—,** durchweg jeder Meter **1.25**

Serie III: Wert **2.10, 2.50, 3.—,** durchweg jeder Meter **1.50**

Extra billiges Angebot in Betten:

Eiserne Kinder-Bettstellen in weiß und blau Email 130 cm lang . . . . . **9** ℳ

Grosse eiserne Bettstellen braun lackiert . . . . . Stück **9.75**

Matratzen, solid gearbeitet, mit guter Füllung bis 150 cm lang Stück **5** ℳ ca. 190 cm lang Stück **7.50**

Bettfedern, grau à **1.15, 1.80,** weiss **2.15, 3.20**

Biber-Bettücher, gross, weiss u. bunt **95, 1.40, 1.90**

Waffelbettdecken, 1.25, 1.90, 2.50, 3.50

Gebr. Faber Nachf., Karlsruhe, Kaiserstr. 82

schräg gegenüber dem Markt.

3656

Süßen

Kaiserstühler

empfiehlt 3615.3

C. L. Sickinger

Telephon 1406. Marienstr. 35.

Fahrrad-Reparatur-Werkstätte

P. Eberhardt

Amalienstr. 18. Telephon 1304

empfiehlt sich zur Uebernahme sämtlicher **Reparaturen an Fahrrädern aller Systeme.** — **Emaillierung, Vernickelung.** — **Neue Pneumatiks** und **Zubehörteile** allerbilligst. — **Freilauf-Einrichtung** für alle Fabrikate. Die Räder werden abgeholt u. wieder zugestellt. Alle Aufträge werden prompt erledigt.

Trauringe

ohne Löthfuge, gesetzl. geschützt, am billigsten und in größter Auswahl bei 3462

August Pfetsch,

Inh.: **Oskar Kirschke,**

Kriegstraße 12.

Kauft Musikinstrumente von der Fabrik **Hermann Dölling jr.** Markneukirchen i. S. No 672

Kataloge gratis und franko.

Über Ziehharmonika Extra-Katalog.

Bekanntmachung.

Den Fortbildungsunterricht betreffend.

Nach § 2 des Gesetzes vom 18. Februar 1874 sind Eltern, Arbeits- und Lehrherren **verpflichtet,** die **fortbildungsschulpflichtigen** Kinder, Lehrlinge, Dienstmädchen u. s. w. zur Teilnahme am Fortbildungsunterrichte **anzumelden** und ihnen die zum Besuch desselben erforderliche **Zeit zu gewähren.**

Zuwiderhandlungen werden mit Geldbuße bis zu 50 ℳ bestraft (Abs. 2 desselben §).

Fortbildungsschulpflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge u. s. w., die von auswärts hierher kommen, sind **sofort** anzumelden, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben schon in ein **festes** Dienst- oder Lehrverhältnis getreten oder nur **versuchs-** oder **probeweise** aufgenommen sind.

Karlsruhe den 1. Oktober 1905.

Das Rektorat:

Dr. Gerwig.

Bekanntmachung.

Die Leistung des Geschworenen- und Schöffendienstes für das Jahr 1906 betr.

Nr. 11212. Die Urliste für den Geschworenen- und Schöffendienst liegt am **Samstag den 7. Oktober bis Samstag den 14. Oktober** d. Js. auf dem Rathaus, 2. Stock, Zimmer Nr. 59 (Eingang in der Hebelstraße) zu Jedermanns Einsicht offen. Etwaige Einsprachen gegen die Richtigkeit oder die Vollständigkeit der Liste können innerhalb der nämlichen Frist schriftlich oder zu Protokoll des Bürgermeisters erhoben werden.

Karlsruhe den 29. September 1905. 3676

Der Stadtrat:

Siegrist. Zimmermann.

Fahndung.

No 392. Tab. D I 3518.

Von Ende August ab wurde in dem Museum der Gr. Kunststickereischule, Linkenheimerstraße 2 hier, aus einem verschlossenen Schaukasten ein Notizbüchlein, 12 cm hoch, 9 cm breit, gestohlen, auf dessen beiden Deckeln viele kleine Miniaturwappen preußischer Städte in den betreffenden Wappenfarben in feinster Nadelmalereitechnik gestickt sind. Die Innenblätter sind unbeschrieben.

Ich bitte jeden Anhalt über den Verbleib des Notizbuches und die Person des Diebes der Polizei mitzuteilen.

Karlsruhe, 29. September 1905.

Der Gr. 1. Staatsanwalt.

Duffner.

Sozialdemokrat. Partei Freiburg.

Wir ersuchen diejenigen Genossen, welche bereit sind, Adressen für die bevorstehenden Landtagswahlen zu schreiben, ihre Adressen bei **W. Engler,** Rheinstraße 64 mündlich oder schriftlich einzureichen, damit wir ihnen das Material zusenden können. Des weiteren bitten wir die Vorstände der Arbeitervereine und Gewerkschaften, in den nächsten Wochen mit ihren Veranstaltungen Rücksicht auf die Wahlbewegung zu nehmen.

So lange Vorrat!

Extra-Preise

für

Tricotagen u. Strumpfwaren.

Montag, 2. Okt. bis inkl. **Samstag, 7. Okt.**

Herrenhemden, Vigogne, 3 Größen **98, 1.15, 1.30**
Herrenhemden, Halbwolle, 3 Größen **1.45, 1.60, 1.70**
Herrenhemden, platt Kammgarn, 3 Größen **2.10, 2.35, 2.60**
Herrenhemden, extraschwer, 3 Größen **2.60, 2.85, 3.10**

Herrenjacken, Vigogne, 3 Größen **75, 85, 95**
Herrenjacken, Halbwolle, 3 Größen **1.10, 1.25, 1.40**
Herrenjacken, extraschwer, 3 Größen **1.85, 2.10, 2.35**

Herrenhosen, Normal, 3 Größen **85, 95, 1.05**
Herrenhosen, regulär gestreift, 3 Größen **1.45, 1.60, 1.75**
Herrenhosen, plattiert Kammgarn, 3 Gr. **1.80, 1.95, 2.10**
Herrenhosen, extraschwer, 3 Größen **2.40, 2.60, 2.90**

Damenhemden, Halbwolle, 2 Größen **1.65, 1.80**
Damenhemden, Ia Qual., 2 Größen **2.10, 2.25**
Damenjacken, Vigogne, 3 Größen **70, 80, 90**
Damenjacken, Halbwolle, 3 Größen **1.30, 1.50, 1.70**

Damenhosen, Normal mit Volant u. Spitze **1.30, 1.45**
Hemdhosen, Halbwolle, Länge 105 110 120 130 cm
Stück **2.45 2.70 2.95 3.20**

Damen-Reformhosen, Trikot in allen Größen.
Reformhosen, Normalflanell für Kinder und Erwachsene.

Kinder-Tricot-Imitat
Länge 60 65 70 75 80 85 90 95 100 110
Stück **40, 50, 60, 65, 70, 75, 80, 90, 95, 98**

Kinder-Normal-Imitat
Stück **68, 78, 84, 90, 98, 1.05, 1.10, 1.20, 1.25**

Frauenstrümpfe, gestrickt, echt schwarz, plattiert Wolle, Paar **45** ₰

Damenstrümpfe, englisch lang, echtschwarz, **reine Wolle,** enorm billig! Paar **90** ₰

Damenstrümpfe, engl. lang, geringelt, **reine Wolle,** 3 Paar **2.75**

Damenstrümpfe, echtschwarz, patentgestrickt, engl. lang, Paar **68** ₰

Damenstrümpfe, echtschwarz, 2×2 gestrickt, engl. lang, **reine Wolle,** Paar **1.10**

Kinderstrümpfe, echtschwarz, plattiert, 1×1 gestrickt,
Größe 1 2 3 4 5 6 7 8
Paar **25, 29, 35, 42, 48, 55, 60, 65** ₰

Kinderstrümpfe, geringelt, plattiert, engl. lang
Paar **35, 40, 45, 50, 55, 65, 70** ₰

Kinderstrümpfe, patentgestrickt, engl. lang, **reine Wolle**
Paar **43, 53, 63, 73, 83, 93, 1.00, 1.10**

Herrensocken, gestrickt, plattiert, schwere Qualität 3 Paar **1.00**

Herrensocken, gestrickt, plattiert Wolle solid. Qual. 3 Paar **1.75**

Herrensocken, normal und schwarz, **reine Wolle,** Einheitspreis Paar **75** ₰, 3 Paar **2.10**

Kamelhaarsocken für empfindliche Füße, Paar **95** ₰

Ein großer Posten **farbige Anstandsröcke** aus prima Velour mit gebogtem Volant Stück **1.95**
„ „ „ „ **Beinkleider** „ „ „ „ „ „ „ **1.45**

enorm billig!

Geschwist. Knopf.

Sozialdem. Partei Karlsruhe.

Wähler-Versammlungen

finden statt:

Am **Mittwoch** den 4. Oktober, abends 8 Uhr im **„Palmengarten“,** Herrenstraße, für die **Mittelstadt,**

im Gasthaus zur **„Krone“,** Ecke der Rintheimer- u. Georgfriedr.-Straße für die **Oststadt.**

In diesen Versammlungen sind alle Wähler, insbesondere aber die soziald. Wähler freundlichst eingeladen. 3662

Freie Diskussion. **Das soz. Wahlkomitee.**

Lehrlings-Gesuch.

Suche einen jungen Mann, der Lust hat, das Glaser-Handwerk zu erlernen. 3638.3

Humboldstraße 13.

Ein tüchtiger Arbeiter

auf Tag oder Woche, sowie ein **jüngerer** kann sofort eintreten bei

Peter Weber,

Karlsruhe, Georgfriedrichstraße 8.

Zwetschgen

prima großfrüchtige Ware versendet den Ztr. zu Mk. **6.—.**

Kaufmann Sutter

Lichtenau (Baden).

Badenia-Fahrräder

zu billigsten Preisen.

Reparaturen bei billigster Berechnung.

O. Adam,

Gaggenau. 382

Polstermöbelgestelle

in tadelloser Ausführung bei billigster Berechnung liefern 3558.2

Steinle und Bierthaler,

Wielandstraße 16, Karlsruhe.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Pforzheim.

Samstag den 7. Oktober 1905, im Restaurant **„Bürgerbräu“,** (Goldener Löwen)

13. Stiftungsfest

verbunden mit **Konzert, Theater, humoristische Vorträge, Gabenverlosung** und darauffolgendem **Ball.**

Hierzu laden wir unsere Kollegen, sowie Freunde und Gönner unserer Sache höflichst ein. 3654.3

Saalöffnung 7 Uhr. **Anfang 8 Uhr.**

Die Ortsverwaltung.

Unfehlbarer

50 Pf. **Wanzentod** 50 Pf.

ebenso **Nissin** für Läuse

zu hab. b. **Otto Mayer,** Wilh.-St. 20.

Kopfläuse

verschwinden unfehlbar durch

(50 ₰) **„Nissin“** (50 ₰)

Zu haben in den Droguerien **R. Blas, Jul. Dehn Nachf., Jak. Lösch, Karl Lösch und Fritz Reiß.** 1177.30

Neues Sauerkraut

per Pfund **10** ₰

echte

Frankfurter Würstchen 8er

(täglich frisch eintreffend)

per Paar **28** ₰

3 Paar **80** ₰

Mageres Dörrfleisch

per Pfund ℳ **1.10**

Neue Linsen

per Pfund **20, 25** und **30** ₰

3650 empfehlen

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

in den bekannten Verkaufsstellen.

Telephonanschlüsse 460, 947 und 1694.

Ab Donnerstag, 5. Oktober

Neu eröffnet: 44 Waldhornst. 44.

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — **Abonnementspreis:** ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 230. Karlsruhe, Mittwoch den 4. Oktober 1905. 25. Jahrgang.

Der Kampf um Berlin.

Aus Berlin wird uns vom 2. Oktober abends geschrieben:

Was gestern vorausgesagt wurde, ist heute mit Pünktlichkeit eingetroffen. Alle Brücken der Verständigung sind bis auf weiteres abgebrochen und es gibt fortab nichts als Krieg. Die auf heute vertagten Verhandlungen wurden nach weniger als einer Stunde aufgehoben, da die Unternehmer [illegible]

handelt sich darum, diese Vorräte ständig wieder zu ersetzen, und ob das gelingen wird, steht noch dahin. Ob die Kraftzentralen mit ihren gegenwärtigen unzulänglichen Hilfsmannschaften dauernd den bescheidensten Ansprüchen werden genügen können, wird sich also erst in den nächsten Tagen herausstellen müssen.

Soldaten, Polizei und Feuerwehr gegen die Arbeiter.

Die königlich preußische Staatsmacht, die ihre

schien und den bekannten Besuch der Gräfin Montignoso in Dresden behandelte. Er war betitelt „Die Königin auf dem Schub“ und ist am gleichen Tage noch in einer Reihe weiterer Parteiblätter erschienen, wo er aber, wie in der heutigen Verhandlung festgestellt wurde, unbeanstandet blieb und der Verjährung anheimfiel. Auch in Stuttgart ist die Staatsanwaltschaft erst durch einige ultramontane Eiferer zur Strafverfügung angetrieben worden. Der Artikel vergleicht zunächst das bekannte Dresdner Vorkommnis mit einem schlumm-

verlorenen Simplicissimus-Prozessen eine neue Blamage der Stuttgarter Staatsanwaltschaft.

Badische Politik.

In Verlegenheit

ist die nationalliberale Partei in Pforzheim mit der Verteilung der beiden Wahlkreise unter die Kandidaten. Wie man hört, soll Herr Wittum, der eine Kandidat, landtagsmüde sein und deshalb vorziehen, in dem weniger aussichtsvollen Kreise aufgestellt zu werden. Damit hofft er auf die sicherste Art und Weise seinen Verpflichtungen gegen seine nationalliberalen Freunde entbunden zu werden, um sich dann in das Privatleben zurückziehen zu können. Herr Wittum hat schon so lange Jahre der Oeffentlichkeit angehört, daß wir seinen Wunsch verstehen. Wir werden es uns deshalb auch angelegen sein lassen, was in unseren Kräften steht, dazu beizutragen, daß dieser Wunsch in Erfüllung geht.

Ein Demokrat über die bürgerliche Demokratie.

In der Welt am Montag schreibt Georg Korn, der sich als entschiedener Demokrat vorstellt, in einer längeren Betrachtung über den Jenaer Parteitag:

„Vom unabhängig demokratischen Standpunkt aus ist auch die schroffe Scheidung von der bürgerlichen Demokratie, die Bebel einfach zur reaktionären Masse wirft, zu bedauern. Eine große geeinigte Linke ist noch immer des Schweißes der Edlen wert. Aber man muß gestehen, daß **die alten demokratischen Forderungen von den liberalen Parteien heutzutage nur matt und schwächlich und gelegentlich vertreten werden, von der Sozialdemokratie mit Wucht und Nachdruck.** Wenn die bürgerliche Demokratie noch eine Zukunft haben will, so muß sie **Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie** stehen, um den demokratischen Forderungen zum Siege zu verhelfen.“

Sehr schön gesagt, wenn's nur so leicht auch durchzuführen wäre. In dem Augenblick, wo die bürgerliche Demokratie nicht mehr „matt und schwächlich“ die demokratischen Forderungen vertritt, laufen ihr die paar Dutzend Wähler, über die sie heute noch verfügt, davon und es bleibt nichts mehr von der bürgerlichen Volkspartei übrig, als ein paar Rechtsanwälte, Lehrer und Professoren. Wenn's der bürgerlichen Demokratie mehr um ihre Grundsätze als um die paar Mandate zu tun gewesen wäre, dann durfte sie sich mit dem altersschwachen, prinzipienlosen Nationalliberalismus nicht verbünden, auch auf die Gefahr hin nicht, daß kein einziger bürgerlicher Demokrat gewählt worden wäre. Der Pakt mit den Nationalliberalen macht es einfach unmöglich, die demokratischen Forderungen mit Wucht zu vertreten.

Bei den Mannheimer Bürgerausschußwahlen wurden ohne Gegenliste die von unserer Partei aufgestellten Kandidaten gewählt.

Der Müßle lobt sich.

Wer Müßle ist, das wissen unsere Leser. Er hat am Sonntag in einer Malscher Versammlung gesprochen und referiert nun im Bad. Beobachter über seine Rede wie folgt:

„Als letzter Redner sprach in durchaus sachlicher, taktvoller Weise, oft unterbrochen von Bravo und Lachen der Zuhörer, unser ehemaliger Kaplan, Herr Pfarrverweser Müßle, der mit einigen jungen Goldarbeitern von Ettlingen hierher kam. Als er aus seinem wohlgefüllten Arsenal einen Bebel, Eichhorn, Kolb, aber auch eine Frau Zietz, Rosa Luxemburg hervorspazieren ließ, da wurde es den Genossen etwas ohnmächtig und sie suchten die frische Luft auf, so daß, als abermals die Diskussion eröffnet wurde, kein genossischer Redner mehr sich meldete.“

77. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte.

B. Meran, 30. Sept.

(Schluß.)

Wir tragen aus einigen Abteilungen noch einige Vorträge nach. Besonders wichtig erscheinen uns die Ausführungen des bekannten, jetzt in Königsberg wirkenden Psychiaters, Prof. Puppe, **über den Geisteszustand jugendlicher Verbrecher** in der Abteilung für gerichtliche Medizin. Zunächst plädiert der Vortragende für die Heraufsetzung der relativen Strafmündigkeit von 12 auf 14 Jahre; denn bis zur Entwicklung der Pubertät, die kaum jemals vor dem 14. Lebensjahre eintritt, führt das Individuum im wesentlichen ein Triebleben, das rein äußerlich durch Furcht vor Strafe, Hoffnung auf Belehrung und dergleichen regiert wird, und dem vor allen Dingen das Sittlichkeitsbewußtsein fehlt; das Erwachen eines unklaren Sittlichkeitsbewußtseins in den sog. Flegel- resp. Backfisch-Jahren führt bei der unfertigen Charakterbildung zu leichter Bestimmbarkeit, und das gleichzeitige Erwachen der sexuellen Potenz gibt zu Konflikten mit dem Sittengesetz Veranlassung. Ohnehin ist der Geisteszustand jugendlicher Personen ein labiler, und wird dies in noch weit höherem Grade, wenn es sich um geistig Minderwertige handelt, Abkömmlinge von Geisteskranken, Trinkern.

Der Vortragende macht sich deshalb die beiden Forderungen des letzten Juristentages zu eigen: 1. Jeder jugendliche Verbrecher (soll wohl heißen Angeklagte) soll von dem psychiatrisch vorgebildeten Gerichtsarzt auf seinen Geisteszustand untersucht werden. 2. die Strafe an geistig minderwertigen Jugendlichen ist in Erziehungsanstalten zu vollstrecken.

Die Durchführung dieser Forderungen (etwa 50 000 Untersuchungen kämen bei Heraufrückung der Strafgrenze von 12 auf 14 Jahre in Betracht) würde freilich eine beträchtliche Vermehrung des gerichtsärztlichen Apparates erfordern.

Auch bezüglich der **Fürsorge-Erziehung** betont Supp die Unzulänglichkeit der bestehenden Vorschriften und Einrichtungen und tritt energisch der von der Stettiner Konferenz für das Idioten- und Hilfsschulwesen erhobenen Forderung entgegen, mit Ausschaltung der Aerzte diese Angelegenheiten der Unterrichts-Verwaltung zu unterstellen. Geisteskranke und geistig Minderwertige gehören in die Hand des Arztes, der Beschäftigung,

Der Waldmichel am Pranger.

II.

Das Volksgericht. Anno dazumal.

Wieder ist's Sonntag Nachmittag. Nach der Kirche kehrt der Bergbauer beim Schmiedpeter an. Der behält ihn da, und unterm großen Birnbaum hinterm Haus wird heut **Volksgericht** gehalten über den

„Waldmichel“, den scheinheiligen Volksverhetzer.

Dazu kommen die Nachbarn von rechts und links. Nicht „Waldmichels“ Dutzbrüder — der Franztoni, der Braunseppel und der Kohlernaz; die wissen ja weniger als nichts; drum lassen sie sich vom „Waldmichel“ Bären aufbinden, größer als Elefanten, und schlucken sie in aller Einfalt mit offenem Mund. Nein, um den Schmiedpeter sammeln sich **wackere Bürger**, mit hellem Kopf und festem Rückgrat. Auch **junge Bursche** sind dabei, die tüchtigsten im Ort, die hören wollen, wie vor 40 und mehr Jahren im Lande der Hase lief. Ihr Sprecher ist des Hirschwirts Aeltester, der Franzsepp, der bei den Leibgrenadieren in Karlsruhe „treu gedient hat seine Zeit“. Er hat das Zeug, einmal Bürgermeister zu werden. Doch bis dahin hat's noch gute Weile. Aber heuer darf er zum ersten Mal für den Landtag wählen. Gar ernst nimmt er den Fall. Ihm ist, als müsse er am 19. Oktober, wenn er seinen Wahlzettel hergibt, die drei Schwurfinger erheben — zum feierlichen Gelöbnis, daß er abstimmt nach bestem Wissen und Gewissen für des Landes Heil. Drum geht er den Dingen, um die sich die Wahl dreht, auf den Grund, und um sich drüber Rats zu erholen, da ist er beim Schmiedpeter vor der rechten Schmiede; dessen kluges Wort gilt in der Gemeinde was — in allen Stücken. So fragt er denn, der

Franzsepp: Mit Verlaub, Schmiedpeter! In drei Wochen ist **Landtagswahl.** Da gilt's, mein ich, grad für uns Junge, den Vätern gleich, die für's Vaterland gestritten und geblutet, einzustehen **für Freiheit und Fortschritt,** und das versprech' ich Dir: Meine Kameraden und ich — keiner von uns läuft ins schwarze Garn, wie die blinden Hühner. Soviel wissen wir auch schon, daß der Staat und die Gemeinde ins Hintertreffen kommt, wo die Bürger unterm ultramontanen Joche gehen. Wir wollen treue Katholiken sein, aber auch **freie Männer** in allen weltlichen Dingen, die dem Staat und der Gemeinde zustehen. So allein gehts vorwärts in Dorf und Land. Daran machen uns keine zehntausend „Waldmichel“ irre. Schon zwölf Wagen voll hat der **„Waldmichel“** geschwätzt; aber **noch keine Silbe darüber, wo den Bauern, den Geschäftsmann, den Arbeiter der Schuh drückt.** Die könnten, glaub' ich, mitsamt dem Staat und der Gemeinde ruhig zu Grunde gehen, ohne daß der „Waldmichel“ nur mit den Wimpern zuckt. Ihm liegt jetzt nur eins am Herzen, das „Sperrgesetz“ von 1874 und die „Sperrlinge“ von 1875. Ueber all das ist schon 30 Jahre Gras gewachsen, und gar nichts geht es den Landtag an, für den wir am 19. Oktober den Abgeordneten wählen. Der hat ganz andere und unendlich wichtigere Sachen zu verhandeln, als Sperrgesetz und Stiftungsgesetz, über die der „Waldmichel jammert, ärger als das ärgste Klageweib; und er tuts, um mit derlei längst abgetanen Geschichten die Gemüter aufzustacheln und die Wahlhasen dem **Zentrum** in die Küche zu jagen. Heißt das nicht, die Wähler, statt mit nahrhaftem Brot, mit moderiger Luft abspeisen und sie, statt an der Hand, an der Nase herumführen?

Schmiedpeter: Bravo, Franzl! Du triffst, wie auf dem Schießstand, scharf ins Schwarze. Der ganze „Waldmichel“ ist nichts als ein Köder für blinde Nichtswisser und alte Weiber, und das Schönste dran ist, daß zwei Priester, der Pfarrer Dr. Schofer und der Pfarrer Wacker, den „Waldmichel“ mit seinem Hetzmaul in die Welt setzten. Daß sie sich damit einen Extrasitz im Himmel verdienen, glaub ich kaum. Höchstens langt's dem Dr. Schofer zu einem Kammersitz, aber nur zu einem mit spitzen Stacheln. Manchmal noch wird dem der „Waldmichel“, den er fabriziert hat, sauer aufstoßen, und auch der saubere Brief, den er gegen seinen Amtsbruder, den wackeren Stadtpfarrer von Bonndorf schrieb. Doch der Wacker und der Schofer machen ihre Rechnung mit dem „Waldmichel“ ohne den Wirt, wenn alle so denken, wie Du, Franzl, und Deine Kameraden. Gelt, Bergbauer, eine helle Freude ist's für uns wetterfeste Graubärte, daß die Jungen uns so strammen Sukkurs leisten, wo's unsere gute liberale Sache gilt.

Franzsepp: Gern tun wir's und mit feurigem Herzen Aber heut mußt uns verzählen von den Zeiten, die der „Waldmichel“ so schlecht macht. Weißt, so um die 60er und 70er Jahre rum. Du hast viel davon miterlebt, und manches hast Du **vom alten Pfarrer Gut** noch dazu gehört; oft hat ja der in treuer Freundschaft mit Dir über derlei Sachen diskuriert.

Schmiedpeter: Ja, das war ein Herr — Gott hab ihn selig —, für den die ganze Gemeinde durch's Feuer ging. Kein gewalttätiger Heißsporn, der alles durcheinander bringt; nein, ein liebevoller Vater für jeden in der Gemeinde. Er mischte sich nicht in Geschäfte des Rathauses und redete den Bürgern nicht in ihre politische Ueberzeugung hinein. Entstand aber mal Zwist im Ort, da mahnte er zum Frieden mit würdigem Ernst, und weil er sich den weltlichen Parteiungen fernhielt, fand sein Wort allemal hüben und drüben eine gute Statt. Freilich, die Zentrumsherren in und bei Freiburg waren unserem alten Pfarrer Gut gar nicht grün; aber das focht ihn nicht an. Er gab sich nie fürs Zentrum her als Wahldienstmann oder fürs Zentrumsblatt als Hausierer. Ihm war Leitstern das Wort seines Herrn und Meisters „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“, und mehr als einmal sagte er mir, der Priester, der sich in die Politik stürze, schade der geistlichen Würde. So war bei uns immer Frieden zwischen Pfarrhaus, Rathaus und Schulhaus; jedes sorgte in seinem Teil pflichttreu für des Dorfes Wohl. In der Bürgerschaft herrschte immerzu ein frischer Zug, ein rühriger Eifer, ein weiter Blick. So kamen wir rüstig vorwärts, und unser Lichtheim wurde eine Mustergemeinde in jedem Stück.

Bergbauer: Grad so, wie unser Badner Land der Musterstaat wurde, als 1860 das liberale Regiment einsetzte, an dem der „Waldmichel“ kein gutes Haar läßt.

Schmiedpeter: Kein Wunder! Die liberale Zeit kam, als die ultramontane Partei grad meinte, schon Herr im badischen Haus zu sein. Damals stritt man sich um das **Konkordat.** Drunter versteht man das Abkommen, das 1859 die Regierung mit Rom vereinbarte. Es sollte das Verhältnis von Staat und Kirche im Lande neu regeln, weil es die Erzbischöfliche Kurie zu Freiburg in den 50er Jahren gewaltsam störte.

Franzsepp: Ja, der „Waldmichel“ redet ganz obenhin von Konflikten; die seien entstanden, weil die Herren in Karlsruhe die Kirche nicht hätten nach den Vorschriften des Heilands leben lassen. Wie war's damit?

Schmiedpeter: Was der „Waldmichel“ da sagt, ist Larifari, und daß er mit einem knappen Wort über die 50er Jahre weghupft, ist ein richtiges Jesuitenstücklein. Wollt' er ehrlich sein, so mußt' er mindestens von 1852, nicht erst von 1860 ab erzählen. Aber das war ihm fürs Zentrum zu genierlich. Ihr werdet gleich hören, warum?

Bergbauer: Ja, Schmiedpeter, bericht' mal vom

Trauerkonflikt anno 52 und Kirchenstreit anno 53.

Schmiedpeter: Also, hört! **Vor 1852** standen **Staat und Kirche** Jahrzehnte lang ganz ordentlich miteinander. Der Staat sorgte, wie ein pflichttreuer Vormund, für die Kirche, seit sie im Wettersturm der napoleonischen Kriege fast zur Waise geworden war. Damals — man schrieb 1810 — erklärte **ein eifriger Katholik,** der Frhr. v. Andlaw, **die badische Regierung** sei **die mildeste und gerechteste** unter den süddeutschen Staaten und er selbst ziehe als Katholik das Haus Baden nicht nur seinen Nachbarn, sondern sogar dem strengkatholischen Bayern vor. Auch half die Regierung der Kirche ein neues Heim im Lande bauen, das **Erzbistum Freiburg,** das 1827 errichtet wurde. Zwanzig Jahre später kam dann die Revolution von 1849. Da wankte der Staat in seinen Grundfesten, und nun dachte man in Freiburg, jetzt sei die günstige Zeit da, um die Oberhoheit des Staats abzuschütteln. **Der Erzbischof v. Vicari** forderte, der Staat solle schlankweg so ziemlich auf alle seine Rechte gegenüber der Kirche verzichten. In Karlsruhe war man geneigt, einen guten Schritt entgegenzukommen, und der gütige **Großherzog Leopold** bezeugte dem Erzbischof viel Wohlwollen in Wort und Tat. Aber alles, was die Kurie verlangte, konnte der Staat nicht bewilligen, wollt' er nicht selbst Knecht im eigenen Haus werden. So beschloß man in Freiburg, stärkeres Geschütz aufzufahren, und den ersten Schuß tat damit die Kurie **im Mai 1852. Bei der Landestrauer für den vielgeprüften Großherzog Leopold ward, der am 24.**

aber in einem großen Irrtum.“

„So reden's doch, Frau Scharl, Sie spannen mich auf die Folter! Ich hab' den Leuten nie was in Weg g'legt. Und was können denn die über mich sagen?“

„Also gut, Fräulein Julian. I will's Ihnen er-

Das Gesicht der Pfarrerskochin wurde von einer brennenden Röte überzogen, ihre gutmütigen Augen nahmen einen finsteren Ausdruck an, und ihre Stimme klang merkwürdig hart, als sie ihrer Entrüstung Worte verlieh. „Nein, so was! Eine solchene Verläumdung muß man sich gefallen lassen

Gerechte muß leiden und unser Herrgott wird schon wissen, warum er das zulaßt, daß ein solcher ausg'schämter Haberfeldtreiber auf der Welt is. Da müssen's Ihnen gar nix draus machen“.

(Fortsetzung folgt.)

Der gesamte Restbestand der von der Vorinhaberin übernommenen Waren gelangt von heute ab vollständig separat zum Verkauf:

Kleiderstoffe:

Serie I: Wert 1.10, 1.35, 1.50, durchweg jeder Meter 95 ₰

Serie II: Wert 1.60, 1.80, 2.—, durchweg jeder Meter 1.25

Serie III: Wert 2.10, 2.50, 3.—, durchweg 1.50

Gebr. Fal

3655

Extra billiges Angebot in Betten:

Eiserne Kinder-Bettstellen in weiß und blau Email 130 cm lang . . . . . 9 ℳ

Grosse eiserne Bettstellen braun lackiert . . . . . Stück 9.75

Matratzen, solid gearbeitet, mit guter Füllung bis 150 cm lang Stück 5 ℳ, ca. 190 cm lang Stück 7.50

Bettfedern, grau ℔ 1.15, 1.80, weiss 2.15, 3.20

Biber-Bettücher, gross, weiss u. bunt 95, 1.40, 1.90

Waffelbettdecken 4.25

Süßen
Kaiserstühler
empfiehlt 3815.3
C. L. Sickinger
Telephon 1406. Marienstr. 35.

Fahrrad-Reparatur-Werkstätte
P. Eberhardt
Amalienstr. 18. Telephon 1304
empfiehlt sich zur Uebernahme sämtlicher Reparaturen an Fahrrädern aller Systeme. — Emaillierung, Vernickelung. — Neue Pneumatiks und Zubehörteile allerbilligst. — Freilauf-Einrichtung für alle Fabrikate. Die Räder werden abgeholt u. wieder zugestellt. Alle Aufträge werden prompt erledigt.

Trauringe
ohne Löthfuge, gesetzl. geschützt, am billigsten und in größter Auswahl bei 3462
August Pfetsch.

Bekanntmachung.

Den Fortbildungsunterricht be

Nach § 2 des Gesetzes vom 18. Februar 1874 sind Elte und Lehrherren **verpflichtet**, die **fortbildungsschulpflichti** Lehrlinge, Dienstmädchen u. s. w. zur Teilnahme am Fortbi richte **anzumelden** und ihnen die zum Besuch desselben erfor **zu gewähren.**

Zuwiderhandlungen werden mit Geldbuße bis zu 50 (Abs. 2 desselben §).

Fortbildungsschulpflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge u. s. auswärts hierher kommen, sind **sofort** anzumelden, ohne Rüc ob dieselben schon in ein **festes** Dienst- oder Lehrverhältnis nur **versuchs-** oder **probeweise** aufgenommen sind.

Karlsruhe den 1. Oktober 1905.

Das Rektorat:
Dr. Gerwig.

Bekanntmachung.

Die Leistung des und Schöffendien Jahr 1906 betr.

Nr. 11212. Die Urliste für den Geschworenen- und liegt am **Samstag den 7. Oktober bis Samstag den** d. Js. auf dem Rathaus, 2. Stock, Zimmer Nr. 59 (Eingang Straße) zu Jedermanns Einsicht offen. Etwaige Einspra Richtigkeit oder die Vollständigkeit der Liste können innerh chen Frist schriftlich oder zu Protokoll des Bürgermeisters e

Karlsruhe den 29. September 1905.

Der Stadtrat:
Siegrist.

Fahndung.

6392. Tab. D I 3518.

Von Ende August ab wurde in dem Museum stickereischule, Linkenheimerstraße 2 hier, aus einem Schaukasten ein Notizbüchlein, 12 cm hoch, 9 cm b auf den beiden Deckeln viele kleine Miniaturwapp Städte in den betreffenden Wappenfarben in feinster technik gestickt sind. Die Innenblätter sind unbeschri

Ich bitte jeden Anhalt über den Verbleib d und die Person des Diebes der Polizei mitzuteilen.

Karlsruhe, 29. September 1905.

Der Gr. 1. Staatsanwalt.
Duffner.

Sozialdemokrat. Partei F

Wir ersuchen diejenigen Genossen, welche bereit die bevorstehenden Landtagswahlen zu schreiben, ihre **Engler,** Rheinstraße 64 mündlich oder schriftlich einzu ihnen das Material zusenden können. Des weiteren b stände der Arbeitervereine und Gewerkschaften, in den n ihren Veranstaltungen Rücksicht auf die Wahlbewegung

Neues Sauerkr
per Pfund 10 ₰
echte
Frankfurter Würstche
(täglich frisch eintreffend)
per Paar 28 ₰
3 Paar 80 ₰
Mageres Dörrflei
per Pfund ℳ 1.10
Neue Linse
per Pfund 20, 25 und 3
3650 empfehlen
Pfannkuch &
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstell
Telephonanschlüsse 460, 947 m
Ab Donnerstag, 5. Okt
Neu eröffnet: 44 Waldhornst. 44.

April starb. Seit Menschengedenken hielten die Priester in allen Kirchen für den Landesfürsten, wenn er zu seinen Vätern heimging, feierliche Seelenämter ab. Nun brach Erzbischof v. Vicari plötzlich mit diesem schönen Brauch, gegen den er selbst bisher nichts einzuwenden hatte. Er grub alte päpstliche Satzungen aus und verbot die Seelenämter für Großherzog Leopold; ja entgegen einem dringenden Wunsch der Regierung ordnete er an, daß die stark geschmälerte Trauerfeier nicht in einen Hauptgottesdienst, sondern am Sonntag nachmittag stattfinde. Das alles erschien dem Volk wie geringschätzige Mißachtung gegen den guten Großherzog, um den jeder trauerte, und wie ein Lauffeuer flog die **Entrüstung** darüber durchs ganze Land. Die Regierung erkannte die kirchlichen Handlungen, die der Erzbischof statt der Seelenämter anordnete, nicht als vollgültigen Trauergottesdienst an, und viele Priester ehrten trotz des erzbischöflichen Verbots den toten Großherzog, wie seine Vorfahren, nach Brauch und Herkommen durch Seelenämter. Dafür wurden sie vom Erzbischof zu Strafexerzitien in St. Peter verurteilt. So steht's mit dem Trauerkonflikt vom Jahr 1852.

Bergbauer: Ja, mein Vater selig hat mirs auch erzählt. Die ganze Gemeinde stand damals wie ein Mann für den gütigen Großherzog Leopold ein, und unser alter Pfarrer war unter denen, die ihm ein Seelenamt abhielten. Er meinte, unser Herrgott habe am allerwenigsten etwas dagegen, wenn man einem wackeren Fürsten, der sein Lebtag der Kirche nur gutes erwies, alle kirchliche Ehre antut.

Franzsepp: Nur ein Wort noch! Ich mein', wenn man in Freiburg absolut Händel mit dem Staat wollte, gabs dann keine andere Gelegenheit, als am offenen Grab des Landesherrn? Mich dünkt's gradezu Sünde, die Trauer im Land so rücksichtslos zu stören, wie's 1852 geschah, und in tiefster Seele dauert mich unser **Großherzog Friedrich**. Ihm starb in Großherzog Leopold der treue Vater, und auf seine jungen Schultern legte sich die schwere Last der Regierung. Noch waren die Wunden, die die Revolution von 1849 dem Lande schlug, lange nicht vernarbt, und nun mußte er am Sarg des guten Vaters schon den Unfrieden spüren, den seitdem die ultramontane Partei ohne Unterlaß im Lande nährt.

Schmiedpeter: Recht hast! Der Trauerkonflikt war nur das gelinde Vorspiel. Ein Jahr darauf kam **der bitterböse Kirchenstreit**. Die Kirchengewalt wollte ganz los sein vom **Staat**. Der war bereit, der Kirche mehr Selbständigkeit zu geben. Aber in Freiburg war die Losung: Alles oder nichts, und schließlich drohte die Kurie mit Rebellion gegen das, was schon 50 Jahre Rechtens war in kirchlichen Dingen. Da erklärte die Regierung im April 53, der Großherzog werde die Gesetze und die Verfassung gegen jeden Eingriff schützen; für die Folgen sei der verantwortlich, der anerkannte Gesetze verletze. Trotzdem verkündete **Erzbischof v. Vicari** im Juli 53, er werde die Rechte des Staates gegenüber der Kirche fortan nicht mehr achten. Das war die **Kriegserklärung**, und ihr folgte gleich die Tat. Der Erzbischof schritt einfach hinweg über die Befugnisse, die dem Landesherrn seit langem zustanden bei der Besetzung der Pfründen, bei der Prüfung der Priesterkandidaten, bei der Verwaltung des Kirchenvermögens, beim Erlaß kirchlicher Verfügungen. Von den **Katholischen Oberkirchenräten** in Karlsruhe aber verlangte der Erzbischof, daß sie gegen das geltende Recht ihr Amt führen. Die erwiderten, der Herr Erzbischof sei, wie sie selber und jeder Untertan, verpflichtet, den Gesetzen und Verordnungen zu gehorchen, und weil sie ihrer beschworenen Pflicht als Vertreter des Landesherrn treu blieben, verhängte der Erzbischof im November 1853 über sie den **großen Kirchenbann.**

Franzsepp: Ist das nicht **die ärgste Strafe in der Kirche?**

Schmiedpeter: Freilich, die bedeutet in der geistlichen Welt fast soviel, wie im Staat die Hinrichtung. Wen der große Bann trifft, der ist von der Kirche und ihren Sakramenten ausgeschlossen; ihm droht die zeitliche und ewige Verdammnis. Ja, früher traf den Gebannten noch des Reiches „Acht"; niemand durft' ihm Obdach, Speise und Trank bieten und jeder konnt' ihn straflos töten. Kurz, beim Kirchenbann gings um Leben und Seligkeit.

Bergbauer: Ja, bedenkt man's recht, so wiegt der Bann tausend mal schwerer, als hohe Geldbuße und lange Gefängnishaft. Aber wie leichthin griff die Kurie zu dieser schärfsten Waffe — im Kirchenstreit gegen die Oberkirchenräte und später im Kulturkampf gegen den Bürgermeister von Konstanz und gegen den Pfarrer von Balg! Dabei waren nicht, wie der „Waldmichel" fabelt, Vorschriften des Heilands im Spiel; nein, **recht weltliche Dinge** — Machtgelüste, Stiftungsgelder, Staatsprüfungen. Gut weiß ich's noch. Der Bürgermeister von Konstanz wahrte nur das klare Recht der Stadt auf ihre Spitalstiftung und der Pfarrer von Balg ersuchte nur pflichtgemäß die Regierung um Dispens von der Staatsprüfung. Die Oberkirchenräte aber hielten treu zu Großherzog und Gesetz, und daß sie dafür gebannt wurden, war doch das bitterste Unrecht.

Schmiedpeter: Ganz einverstanden, aber nun weiter im Text! Zu gleicher Zeit, wo er die Oberkirchenräte aus der Kirche trieb, erließ Erzbischof Vicari einen **Hirtenbrief**, der die Regierung scharf angriff; er befahl, den Hirtenbrief von allen Kanzeln zu verlesen und in den sonntäglichen Predigten einzuschärfen. Das hieß nichts, als das Volk in den Gotteshäusern gegen die Regierung aufstacheln. Das konnte der Staat nicht dulden; er verbot drum die Verkündigung des Hirtenbriefs, der ihm überdies wider die Vorschrift nicht zuvor mitgeteilt wurde. Die Geistlichen, die das Verbot des Staats befolgten, nahm der Erzbischof in Strafe, und die Geistlichen, die den Hirtenbrief in der Kirche verlasen, bedachte der Staat erst mit Haft- und dann mit Geldstrafen.

Franzsepp: Das war ja der reine Krieg im Frieden. Was sagte denn das Land dazu?

Schmiedpeter: Der **Landtag** erklärte: Die **Erzbischöfliche Kurie** hat sich durch ihr Vorgehen in **Widerspruch** gesetzt **mit den Grundlagen der Staatsordnung.** Darin war die Erste und die Zweite Kammer ganz einig; doch redeten sie, wie der Großherzog, für einen friedlichen Ausgleich. Aber im Jahr 54 wurde der Streit nur noch schlimmer. Die Kurie vergab eigenmächtig Pfarrpfründen, über die sie nicht verfügen durfte. Dem schob die Regierung einen Riegel vor: sie sperrte das Einkommen aus diesen Pfründen und übergab den Vorsitz im Stiftungsrat, der das örtliche Kirchenvermögen unter Aufsicht des staatlichen Oberkirchenrats verwaltete, dem Bürgermeister, statt dem Pfarrer. Nun riß aber die Kurie die Verwaltung des Kirchenvermögens ganz an sich. Das ließ sich die Regierung nicht bieten; sie trat energisch für die Rechte des Staats und der Gemeinden ein. Die ultramontane Partei aber wiegelte das Volk nach Kräften auf, besonders im Odenwald und im Taubergrund; dort mußte in mehr als einen Ort Militär gelegt werden, um die erregten Gemüter zu beruhigen. So brachte der Kirchenstreit das Land, das kaum erst von der Revolution des Jahres 49 genas, wieder hart bis an den Rand des Aufruhrs.

Franzsepp. Ich kann's mir denken. Das muß ja die Köpfe verwirren, wenn die Kirchengewalt, die doch die Achtung vor der Obrigkeit und vor dem Gesetz predigen soll, einfach über Recht und Herkommen wegschreitet. Aber was tat schließlich die Regierung in diesem wilden Streit?

Schmiedpeter: Erst leitete sie gegen den Erzbischof Untersuchung ein. In der Anklage stand, er habe die öffentliche Ruhe gefährdet und zum Ungehorsam gegen die Gesetze aufgereizt. Gleichzeitig stellte die Regierung in der „Karlsruher Zeitung" fest, daß der Erzbischof in seinem Treueid vor dem Großherzog Gehorsam gegen die Gesetze gelobt hatte. Um weiteren Unfrieden zu verhüten, ließ die Regierung den Erzbischof acht Tage lang in seinem Palais zu Freiburg bewachen. Zuletzt aber zog sie es vor, auf anderem Weg, als durch Polizei und Gericht, im Lande Ruhe zu schaffen: sie trat mit Rom in Verhandlungen ein, die nach fünf Jahren zu einem Abkommen, dem **Konkordat von 1859** führten. Da aber der Landtag dem nicht zustimmte, regelte man durch **das Gesetz vom 9. Oktober 1860** das Verhältnis von Staat und Kirche, so wie es heute noch in Kraft ist.

Bergbauer: So, jetzt Schluß für heut'. Ich muß heim. 's wird Zeit zum Füttern. Nur eins noch! Meine Ansicht ist: Schuld an den bösen Dingen von anno 53 und 54 ist einzig die Kurie in Freiburg. Wollt' sie damals mehr Rechte, als ihr das Gesetz gab, so mußte sie mit der Regierung in Ruhe verhandeln. Die war zum Nachgeben bereit und alles weniger als kriegslustig gesinnt. Die Liberalen hatten damals so gut wie nichts zu sagen in Baden. Die Minister waren eher Rückschrittler; ihr Herz neigte zum ultramontanen Oesterreich. Aber keine Regierung, die noch auf Würde hält, durfte sich Zugeständnisse durch offene Empörung abtrotzen lassen. Kurzum, der Störenfried saß nicht in Karlsruhe; er saß in Freiburg. **Die Kurie brach den Streit mit dem Staat vom Zaun, und sie griff darin zuerst zu verbitternden Strafen.** Der „Waldmichel" lamentiert Tag und Nacht über die „Verfolgung" der Bischöfe und Geistlichen, die doch nur Strafe traf, weil sie das Gesetz verletzten. Ganz still aber ist er davon, wie die Kurie gegen staatstreue Priester, Beamte und Bürgermeister den großen Kirchenbann schleuderte, wie sie giltige Rechte mißachtete und Unfrieden im Volk stiftete. Den Vorschriften des Heilands, von denen der „Waldmichel" spricht, war das direkt zuwider, und Recht hat der Hansjakob, wenn er sagt: Die Kirche hat vor allen anderen die christliche Pflicht, lieber Unrecht zu leiden, als Unrecht zu tun!

Redaktion, Druck und Verlag der „Badischen Landeszeitung", G. m. b. H., Karlsruhe.

„Badische Landeszeitung", G. m. b. H., Karlsruhe.

losung und darauffolgenden Ball.
Hierzu laden wir unsere Kollegen, sowie Freunde und Gönner unserer Sache höflichst ein. 3654.3
Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Die Ortsverwaltung.

Zu haben in den Droguerien R. Haas, Jul. Dehn Nachf., Jak. Lösch, Karl Lösch und Fritz Reiß. 1177.30

Wielandstraße 16, Karlsruhe.